

## Berichte

### **Die Bankenkrise in Nordeuropa zu Beginn der 1990er Jahre: Eine Sequenz aus Deregulierung, Krise und Staatseingriff in Norwegen, Schweden und Finnland**

Von Jan Körnert\*, Freiberg

#### **I. Einleitung**

Unter Regulierung verstand man um 1800 die Bändigung der Natur, insbesondere das Eindämmen wilder Gewässer. Spätestens Ende des 19. Jahrhunderts wurde deutlich, daß auch Bankenkrise Kräfte entfalten konnten, deren Folgen man gesellschaftlich als ebenso unerträglich empfand wie Überschwemmungen.<sup>1</sup> Immer ausgeklügelter und raffinierter waren seither die Maßnahmen, mit Hilfe derer man oft nicht nur die Banken, sondern die Wirtschaftssysteme ganzer Länder regulierte. Je mehr indes die unerwünschten Folgen einer Regulierung zutage traten, desto stärker besann man sich darauf, den Umfang der Regulierung zurückzudrängen und auf ein gesundes Maß zu begrenzen. In Europa meisterte man die Deregulierung mit überwiegend positivem Erfolg. Besonders kraß war jedoch der Mißerfolg einiger nordischer Länder: In Norwegen, Schweden und Finnland kulminierten die vielfältigen Probleme zu Beginn der 1990er Jahre in existenzbedrohenden Bankenkrise, die ein massives Einschreiten des Staates nach sich zogen.<sup>2</sup>

---

\* Für die Unterstützung beim Erstellen einer früheren Version des Manuskripts danke ich Oliver Gaschler. Wertvolle Hinweise verdanke ich Michael Niese.

<sup>1</sup> Siehe zur oben verwendeten Analogie die Einführung von *Rudolph* (2000). Vgl. darüber hinaus alle weiteren Beiträge in Heft 3 (2000) der Zeitschrift „Perspektiven der Wirtschaftspolitik“. Bankenkrise üben sicherlich auch deshalb ihre Faszination auf so viele Forscher aus, weil ihnen die Gefahr von Dominoeffekten immanent ist. Vgl. hierzu überblicksartig mit weiteren Verweisen *Körnert* (1998, 2001, 2003).

<sup>2</sup> *Drees/Pazarbaşıoğlu* (1998), *Benink/Llewellyn* (1994) und *Koskenkylä* (1994) liefern interessante Einblicke in Teilaspekte aller drei Bankenkrise. Vgl. zu den Bankensystemen Schwedens und Finnlands auch *Klein* (1998), S. 234–264.

Ziel dieses Beitrags ist es, der inneren Logik der drei Bankenkrisen in Norwegen, Schweden und Finnland auf die Spur zu kommen. Dabei muß die Sequenz aus Deregulierung, Krise und Staatseingriff genauso untersucht werden, wie die gewöhnlich als „bad banking, bad policies and bad luck“ bezeichneten Ursachenebenen.<sup>3</sup> Hieraus lassen sich womöglich fruchtbare Argumente für die aktuelle Diskussion um die Regulierung von Kreditausfallrisiken ziehen sowie die Aussagekraft von Modellen zu Bankenkrisen und Dominoeffekten evaluieren. Ein Augenmerk gilt auch den krisenbedingten Fusionen in den Bankensystemen Nordeuropas.

Der Aufbau des Beitrags orientiert sich weitgehend an der Sequenz der Abläufe: Teil II. betrachtet die nordischen Bankensysteme im Krisenvorfeld und gibt einen knappen historischen Abriss zur Regulierung, bevor auf die Deregulierungsmaßnahmen, das enorme Wachstum des Kreditvolumens und auf weitere Einflüsse in den drei Ländern separat eingegangen wird. Teil III. analysiert, wie im Gefolge von Kreditausfällen und weiteren schlagenden Risiken die Erfolge der Banken sanken, und legt den Beginn der Bankenkrisen offen. Nachdem in Teil IV. der weitere Verlauf der Krisen und die Staatseingriffe in die fragilen Bankensysteme länderspezifisch betrachtet werden, schließt Teil V. den Beitrag zusammenfassend ab.

## II. Die drei Bankensysteme im Krisenvorfeld

### 1. *Abriss und Wirkungsweise der Regulierung in den drei Bankensystemen*

Angesichts der anstehenden Umstellung und Wiederbelebung der Wirtschaft der Länder nach dem Zweiten Weltkrieg (1939–1945) erwachten auch gleichzeitig Erinnerungen an die massiven Wirtschaftsprobleme im Anschluß an den Ersten Weltkrieg (1914–1918).<sup>4</sup> Den Ängsten vor einer erneuten Depression trat man in Nordeuropa mit einer Wirtschaftspolitik entgegen, die sowohl auf niedrige Zinssätze als auch auf eine geringe Inflation zielte. Typischerweise lassen sich auf unregulierten Märkten beide Ziele nicht immer im gewünschten Maße in Einklang bringen, da eine Niedrigzinspolitik leicht einen Boom bei der Kreditvergabe und

<sup>3</sup> Solttila/Vihriälä (1994), S. 7. Koskenkylä (1994), S. 15. Vgl. auch Hellwig (2000), S. 348, 351 u. 354.

<sup>4</sup> Larsson (1993), S. 446–449, 624, 631 u. 633. Grytten (1998). Myllyntaus/Tarnaala (1998). Vgl. zu einem bis in das 19. Jahrhundert reichenden Rückblick den historischen Überblick bei Larsson (1993), S. 333–342.

dann steigende Preise nach sich zieht. Zur Umgehung dieser Wirkungskette versprach man sich Hilfe durch vielschichtige Regulierungsmaßnahmen, mit denen die Marktkräfte im Zaum gehalten werden sollten. Kennzeichnend hierfür waren Bar- beziehungsweise Mindestreservevorschriften, Niederlassungsbeschränkungen für Auslandsbanken sowie Kontrollen des Devisenverkehrs und der Anleiheemissionen.<sup>5</sup> Besondere Einschnitte traten darüber hinaus durch die Regulierung der Zinssätze sowie die Rationierung des Kreditvolumens auf. Die Wirkungsweise der beiden letzten Maßnahmen soll nun exemplarisch genauer betrachtet werden.

Die Regulierung der Zinssätze im Aktivgeschäft der Banken wurde mit dem Ziel gerechtfertigt, die gegenüber dem Zinsniveau sensiblen und zugleich mit hoher gesellschaftlicher Präferenz versehenen Investitionen in Wohn- und Gewerbeimmobilien nicht zu entmutigen. Unter anderem wollte man mit diesen Investitionen einen ausreichenden Beschäftigungsstand sicherstellen. Eine Niedrigzinspolitik wurde dadurch erreicht, daß man in allen drei Ländern den Zinssatz bei der Kreditvergabe an einen Referenzzinssatz koppelte; das war in der Regel der Leitzins der jeweiligen Zentralbank. Obwohl später nur die Durchschnittzinssätze und nicht die Zinssätze für jeden einzelnen Kredit reguliert wurden, führte dies tendenziell zu einem „Einheitszinssatz“, der natürlich nur bedingt risikoangepaßt war. Die niedrigen Zinssätze zogen eine rege Kreditnachfrage nach sich.<sup>6</sup> Die Nachfrage nach Krediten wurde unter anderem noch durch Steuersysteme gefördert, in denen der Zinsaufwand für Kredite (Schuldzins) vom Einkommen abzugsfähig war und so sogar zu einer negativen Realverzinsung nach Steuern führen konnte. Da im Gegensatz zur Nachfrage das Angebot – wie gleich gezeigt wird – begrenzt war, eskalierte diese Konstellation in einem chronischen Nachfrageüberhang. Im Passivgeschäft der Banken wurden Untergrenzen bei den Zinssätzen für Einlagen festgelegt, die in Norwegen und Schweden bis Ende der 1970er Jahre verwendet wurden. In Finnland verfuhr man derart mit einem Großteil der Einlagen bis Anfang der 1990er Jahre.<sup>7</sup> Die mittels Ober- und Untergrenzen für Zinssätze festgezurte Zinsspanne sorgte bis Ende der 1970er Jahre für eine relativ stabile Erfolgslage in allen drei Bankensystemen.

<sup>5</sup> Larsson (1993), S. 592. Grøndahl (1992), S. 987.

<sup>6</sup> Jonung (1986). Abrams (1989), S. 6–8. Englund (1990), S. 385. Commission (1992), S. 58. Drees/Pazarbaşıoğlu (1998), S. 3.

<sup>7</sup> Diese Zinserträge unterlagen in Finnland zudem nicht der Einkommensteuer.



Um die negativen Folgen einer Niedrigzinspolitik in den Griff zu bekommen, setzte man quantitative Beschränkungen durch, indem das Kreditvolumen rationiert wurde. Besonders deutlich wurde dies in Norwegen, wo seit dem 1965 erlassenen Gesetz zur Geld- und Kreditpolitik ein Kredithaushalt existierte, der bis 1988 in den Staatshaushalt einfloß. Dieser Kredithaushalt legte jährlich das gesamte Investitionsvolumen fest. Ein Kreditvergabeschlüssel bestimmte für jede Bankengruppe die Quote, mit der sie sich am Finanzierungsvolumen beteiligen durfte. Die Einhaltung dieser Quote wurde beispielsweise mittels Budgets (Staatsbanken), Regulierung der Pfandbriefemissionen (Hypothekenbanken) oder Bar- und Mindestreservevorschriften (sonstige Banken) kontrolliert. Analog ging man im schwedischen und finnischen Bankensystem vor.<sup>8</sup> Die Regulierung der Zinssätze und des Kreditvolumens hatte nun mehrere Auswirkungen: Erstens bildeten sich langjährige und zumeist stabile Bankverbindungen. Hieran hatten – auch ohne Regulierung – die kreditvergebenden Banken ein nachhaltiges Interesse, denn eine langjährige Bankverbindung senkt die Informationskosten, was bei asymmetrisch verteilten Informationen – wie in Banken – besonders bedeutsam ist. Zudem wuchs das Interesse an einer stabilen Bankverbindung bei den Kreditnehmern, die ohne eine derartige Bindung wegen des chronischen Nachfrageüberhangs kaum Kredit bekamen. Zweitens konnten sich die Banken aufgrund des Nachfrageüberhangs die risikolosesten Engagements aussuchen. Des weiteren verhinderte die Festlegung von Obergrenzen für Kreditzinssätze eine adverse Selektion.<sup>9</sup> Vordergründig ließen diese Faktoren ein bankbetriebliches Risikomanagement über Jahrzehnte recht überflüssig erscheinen.

Allerdings geriet die Regulierung seit Ende der 1970er Jahre zunehmend unter Druck, da die Inflation anstieg, viele Einleger nach höherer Verzinsung strebten, die internationale Integration zunahm und sich verstärkt „graue“ Märkte etablierten.<sup>10</sup> Vor allem auf den „grauen“ Märkten umging man die Beschränkungen, wodurch die Regulierungsmaßnahmen immer wirkungsloser verpufften. Im Schlepptau dieser Entwicklung wurde damit begonnen, die Bankensysteme Norwegens, Schwedens und Finnlands zu reformieren, was unter anderem Gegenstand der Betrachtungen in den nachfolgenden Kapiteln ist.

<sup>8</sup> *Commission* (1992), S. 7 f. u. 54–58. *Drees/Pazarbaşıoğlu* (1998), S. 5 f.

<sup>9</sup> *Stiglitz/Weiss* (1981), S. 393 f. *Neuberger* (1998), S. 103–110.

<sup>10</sup> *Abrams* (1989), S. 8. *Englund* (1990). *Commission* (1992), S. 8–10. *Takala/Virén* (1995), S. 11.



## 2. Deregulierung und Entwicklung des Kreditvolumens in Norwegen

In Norwegen bahnten sich seit 1980 Deregulierung und Reformen in verschiedenen Etappen und auf vielen Gebieten ihren Weg. Sie wurden von wirtschaftlichen und politischen Einflüssen flankiert und mündeten in einer massiven Expansion des Kreditvolumens, die in Abbildung 1 dargestellt ist. In diesem Kapitel sollen nun wesentliche Faktoren, die diesen Boom in Norwegen auslösten und begünstigten, aufgezeigt werden.

Seit 1980 wurden schrittweise die Regulierung der Zinssätze und die Rationierung des Kreditvolumens liberalisiert, bis beide 1987 vollständig und endgültig verschwanden. Der erste Schritt dahin vollzog sich, indem man – wie oben erwähnt – nur noch die Durchschnittszinssätze regulierte. Im Jahr 1984 wurden weitere, noch bestehende Reservevorschriften abgeschafft. Mit diesem Jahr begann auch der Boom bei der Vergabe von Bankkrediten (siehe Abbildung 1). Nach einem weiteren Deregulierungsschritt im Jahr 1985 mit sich konsequent ausdehnendem Kreditvolumen kam es zwischen 1986 und 1987 zu einem fruchtlosen Versuch, die Deregulierung teilweise wieder rückgängig zu machen. Trotz dieses Reregulierungsintermezzos stieg die Kreditvergabe weiter an und erreichte nach der vollständigen Abschaffung regulierter Zinssätze und rationier-

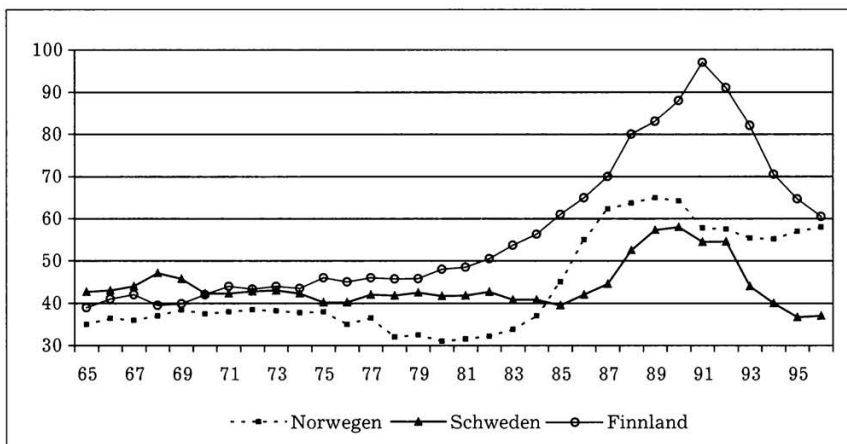


Abbildung 1: Verhältnis von Bankkrediten zum Bruttosozialprodukt  
in Prozent in Norwegen, Schweden und Finnland (1965–1996)<sup>11</sup>

<sup>11</sup> Datenbasis entnommen aus Drees/Pazarbaşıoğlu (1998), S. 13.

ter Kredite im Herbst 1987 ihr größtes Volumen im Jahr 1989.<sup>12</sup> Bei der expandierenden Kreditvergabe spielten sogenannte Finanzierungsgesellschaften (Finance Companies) eine bedeutende Rolle – zuerst, weil sie auf „grauen“, unregulierten Märkten freier als Banken agieren konnten. Später waren sie – dann zum Teil als Bankentöchter – in der Lage, verbliebene oder zeitweise wiederkehrende Regulierungsmaßnahmen erfolgreich zu umgehen.<sup>13</sup>

Des weiteren wurden Devisenbeschränkungen stufenweise abgebaut: 1980 schaffte die Norges Bank ihre direkte Regulierung ab, wollte aber durch indirekte Maßnahmen das Eingehen offener Währungspositionen verhindern. Sich verstärkt etablierende Terminmärkte unterliefen jedoch diese Beschränkungen, so daß schon 1983 bei den Kreditbanken knapp 20 Prozent und bei den Sparkassen etwa 6 Prozent der Verbindlichkeiten in fremder Währung zu Buche schlugen.<sup>14</sup> Der Rückgriff auf die internationalen Geld- und Kapitalmärkte war allein schon deshalb dringend erforderlich, weil das steigende Kreditvolumen sonst gar nicht zu refinanzieren gewesen wäre. Die Verschuldung im Ausland war darüber hinaus unumgänglich, da eine vollständige Refinanzierung über Einlagen privater norwegischer Haushalte wegen ihrer geringen Sparquote weitgehend ausschied.

Abbildung 2 illustriert zum einen die Entwicklung der Sparquote privater Haushalte in Norwegen über einen Zeitraum von 16 Jahren. Besonders markant sind in diesem Zusammenhang die negativen Sparquoten zwischen 1985 und 1988. In Verbindung mit dem gleichzeitig rasant wachsenden Kreditvolumen werfen sie die Frage auf, was mit den Geldern eigentlich geschah: So wird berichtet, daß ein nicht unerheblicher Anteil dieser Gelder in den Erwerb von Immobilien floß, deren Preise sich demzufolge vom restlichen Niveau abkoppelten und sich zwischen 1980 und 1987 vervierfachten.<sup>15</sup> Zum anderen zeigt Abbildung 2 den

<sup>12</sup> Vgl. hierzu ausführlich den Bericht der Kommission zur Bankenkrise: *Commission* (1992). Eine akzentuierte Stellungnahme der Norges Bank zu diesem Bericht findet sich unter *Norges Bank* (1993). Vgl. auch den umfangreichen – allerdings nur auf norwegisch erhältlichen – Bericht von *Johnsen u. a.* (1992). Einen knappen Überblick bieten *Steigum* (1992), S. 2–5, oder *Drees/Pazarbaşıoğlu* (1998), S. 8 f.

<sup>13</sup> Als Versicherungstöchter agierten Finanzierungsgesellschaften im „grauen“ Markt schon länger. Sie trugen wesentlich zur Ingangsetzung der Deregulierung und Verschärfung des Wettbewerbs bei. *Commission* (1992), S. 8 u. 11 f. Zum Abriß der historischen Entwicklung dieser Unternehmen vgl. *ebenda*, S. 69–72.

<sup>14</sup> *Commission* (1992), S. 9. *Drees/Pazarbaşıoğlu* (1998), S. 9 u. 16.

<sup>15</sup> *Lehmussaari* (1990), S. 75 f. *Commission* (1992), S. 12 u. 35 f. *Drees/Pazarbaşıoğlu* (1998), S. 23.

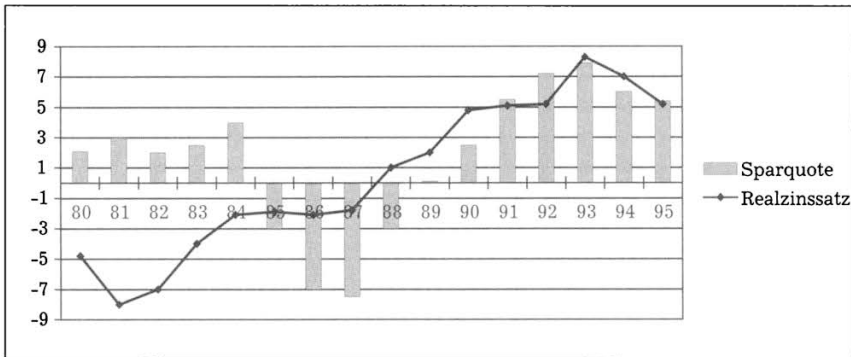


Abbildung 2: Sparquote privater Haushalte in Prozent ihres verfügbaren Einkommens und Realzinssatz nach Steuern in Prozent in Norwegen von 1980 bis 1995<sup>16</sup>

Verlauf der Realzinssätze nach Steuern: Im Berichtszeitraum fallen die negativen Realzinssätze zwischen 1980 und 1987 auf. Es ist daher nicht verwunderlich, daß bei individuellen Grenzsteuersätzen von bis zu über 70 Prozent und einer Abzugsfähigkeit der Schuldzinsen vom zu versteuernden Einkommen eine große Nachfrage nach Krediten herrschte, die vor allem durch eine Rationierung des Volumens gedrosselt wurde. Mit dem Wegfall dieser Beschränkung konnten sich die Marktkräfte dann ungehemmt entfalten. Obwohl man auch hier versuchte gegenzusteuern – die individuellen Grenzsteuersätze bezüglich der Abzugsfähigkeit von Schuldzinsen sanken über 66 Prozent 1986 auf 48 Prozent 1988 –, hatte das kurzfristig keine einschneidenden Änderungen im Kreditvolumen zur Folge (Abbildung 1).<sup>17</sup>

Nicht nur die privaten Haushalte, sondern auch die Unternehmen nahmen die Deregulierung zum Anlaß, ihre Investitionen zu steigern. Dies schlug sich vor allem bei Gewerbeimmobilien nieder, die eine vergleichbare Preisentwicklung durchlebten wie die Wohnimmobilien. Die Unternehmen finanzierten ihre Investitionen hauptsächlich durch eine verstärkte Verschuldung bei In- und Auslandsbanken sowohl in heimischer Währung als auch in Fremdwährungen.<sup>18</sup> Ohne auf die makroökonomischen Entwicklungen in Norwegen hier näher eingehen zu können,

<sup>16</sup> Erstellt nach Drees/Pazarbaşıoğlu (1998), S. 14. Vgl. die Abbildungen 3 u. 4 sowie Solheim (1990), S. 187.

<sup>17</sup> Lehmuusaari (1990), S. 75 (Fn. 9) u. 76. Solheim (1990), S. 185.

<sup>18</sup> Commission (1992), S. 34 f. Strand (1993), S. 66. Drees/Pazarbaşıoğlu (1998), S. 14 f.



sei doch zumindest erwähnt, daß die Halbierung der Ölpreise innerhalb eines halben Jahres (1985/86) bei steigender Abhängigkeit Norwegens von der Ölförderung dazu beitrug, eine Rezession zu verstärken, an deren Folgen später auch die Banken erheblich zu leiden hatten. Darüber hinaus beeinträchtigte eine Überversorgung der Weltmärkte mit forstwirtschaftlichen Produkten den Export dieser Güter aus allen drei Ländern.<sup>19</sup> Im folgenden Kapitel stehen nun die Deregulierungen in Schweden im Mittelpunkt.

### 3. Deregulierung und Entwicklung des Kreditvolumens in Schweden

Im Vergleich zu Norwegen fand auch in Schweden die Deregulierung in mehreren Etappen statt. Mit wirtschaftlichen und politischen Einflüssen korrespondierend, expandierte – wie in Abbildung 1 dargestellt – das Volumen der Bankkredite seit Mitte der 1980er Jahre beträchtlich. Es erreichte im Betrachtungszeitraum sein größtes Ausmaß 1990 und folgte damit der norwegischen Entwicklung mit einem Jahr Verzögerung.

Zwei Ankerpunkte der schwedischen Regulierung, nämlich Mengen- und Preisgrenzen bei Bankkrediten, fielen im Jahr 1985 weg: So gab es keine Vorschriften mehr, die den Zinssatz für Bankkredite oder das Volumen der Kredite begrenzten.<sup>20</sup> Treibende Kraft hinter diesen Veränderungen war die Einsicht, daß die Restriktionen immer wirkungsloser waren. Insbesondere wurden sie auf „grauen“ Märkten von unabhängigen Finanzierungsgesellschaften unterlaufen, die bis 1980 gar nicht und erst ab 1988 stark überwacht wurden. Die Zahl aller Finanzierungsgesellschaften stieg von 111 (1980) über 204 (1984) auf 292 (1988) und fiel bis Juli 1991 auf 157. Ihr Anteil an der gesamten Kreditvergabe schwankte von 1980 bis 1991 zwischen 5,9 Prozent (1991) und 10,5 Prozent (1987). Sie trugen durch ihr Geschäftsgebaren wesentlich zur Deregulierung und Ausweitung des Kreditvolumens sowie später zu verschärftem Wettbewerb im finanziellen Sektor bei.<sup>21</sup>

<sup>19</sup> Vgl. zu den generellen ökonomischen Bedingungen in Norwegen seit 1980 *Solheim* (1990), S. 185–187, *Commission* (1992), S. 30–34 u. 48–54, und zu „Boom-and-Bust Cycles“ Kapitel V bei *Drees/Pazarbaşıoğlu* (1998) sowie *Hansen/Wamli* (1992). Vgl. zur Abhängigkeit der norwegischen Volkswirtschaft von der Ölförderung und zur Entwicklung der Ölpreise eingehend *Moland* (1995).

<sup>20</sup> Vgl. zu einem knappen Überblick der Deregulierungen in Schweden *Englund* (1990), S. 386, oder *Drees/Pazarbaşıoğlu* (1998), S. 10. Siehe ausführlicher *Jonung/Söderström/Stymne* (1996), S. 59–64.

<sup>21</sup> *Biljer* (1991), S. 6 f. Dort sind auch Einfluß, Regulierung und Probleme der Finanzierungsgesellschaften detailliert beschrieben. Neben den unabhängigen Fi-

Die zunehmende Integration in internationale Finanzmärkte, die man unter anderem durch den Abbau von Devisenverkehrsbeschränkungen erreichte, erleichterte den Banken die Finanzierung des wachsenden Kreditvolumens. Wie schon in Norwegen wurden damit aber verstärkt offene Fremdwährungspositionen aufgebaut und Fristeninkongruenzen eingegangen.<sup>22</sup> Eine Refinanzierung der Investitionen über Einlagen war nur begrenzt möglich, da parallel zur Ausdehnung des Kreditvolumens die privaten Haushalte entsparten. Abbildung 3 legt die negativen Sparquoten privater Haushalte zwischen 1987 und 1990 offen. Zugleich wird deutlich, daß bis Ende der 1980er Jahre – von einer kurzen Unterbrechung abgesehen – negative Realzinssätze nach Steuern vorherrschten. Die hohen Grenzsteuersätze, eine Abzugsfähigkeit von Schuldzinsen vom zu versteuernden Einkommen sowie die Möglichkeit der Verrechnung negativer und positiver Einkünfte verschiedener Einkunftsarten ebneten den Weg für negative Realzinssätze und forderten die Expansion des Kreditvolumens maßgeblich mit heraus. Eine Begrenzung der Verrechnungsmöglichkeit zwischen den Einkunftsarten schuf 1983 erste Abhilfe im Steuersystem, das später mehrfach reformiert wurde, so daß in der Folge die Realzinssätze deutlich anstiegen (Abbildung 3).<sup>23</sup>

Auf die höheren Kreditspielräume und eingedenk negativer Realzinssätze reagierten nicht nur die privaten Haushalte mit einer stärkeren Verschuldung. Auch die Unternehmen nutzten die Liberalisierungen zur Kreditaufnahme bei in- und ausländischen Banken; mehr als bisher gingen sie dabei (offene) Fremdwährungspositionen ein. Vorteilhafte makroökonomische Bedingungen, wie zum Beispiel der Ölpreiseinbruch 1986, stimulierten die Investitionen noch zusätzlich.<sup>24</sup> Die steigende Nachfrage nach Wohn- und Gewerbeimmobilien koppelte deren Preise vom allgemeinen Preisniveau ab: Sie stiegen seit 1980 stetig an und verneunfachten sich bis 1989. Anschließend fielen die Preise für Wohn- und Gewerbeimmobilien dramatisch und kehrten schon bis 1996 auf ihr Niveau von 1980 zurück.<sup>25</sup> Solche Entwicklungen erzeugten verhängnis-

---

nanzierungsgesellschaften (41 %) existierten noch weitere als Töchter von Banken (32 %), Versicherungen (10 %) sowie großen Industrie- und Handelsunternehmen (17 %). Vgl. auch *Gottfries/Nilsson/Ohlsson* (1992), S. 37–40, u. *Törnquist* (1992).

<sup>22</sup> *Englund* (1990), S. 386–388. *Drees/Pazarbaşıoğlu* (1998), S. 16.

<sup>23</sup> Vgl. hierzu eingehend und mit weiteren Verweisen *Lehmussaari* (1990), S. 76, insbesondere Fn. 12, sowie *Bank Support Authority* (1993), S. 5.

<sup>24</sup> Anders als beim Erdölexporteur Norwegen, wo der Ölpreiseinbruch die Erlöse minderte, reduzierten sich in Schweden und Finnland die Kosten der Importe. Vgl. auch Fn. 19.

<sup>25</sup> *Englund* (1990), S. 391. *Bank Support Authority* (1993), S. 5 f. *Jonung/Söderström/Stymne* (1996), S. 55–59. *Drees/Pazarbaşıoğlu* (1998), S. 12–15 u. Kapitel V.

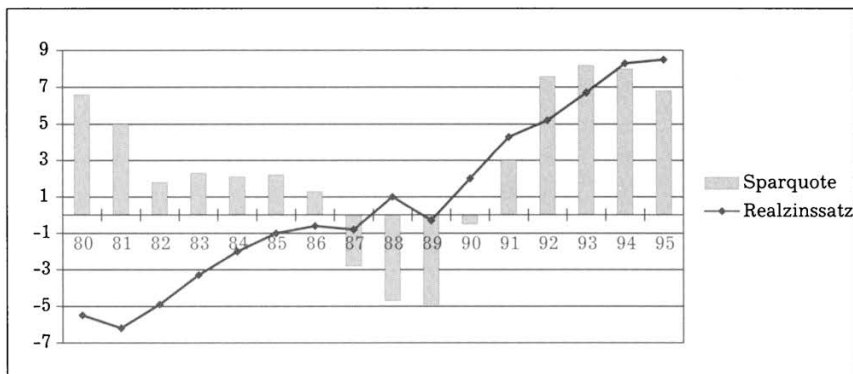


Abbildung 3: Sparquote privater Haushalte in Prozent ihres verfügbaren Einkommens und Realzinssatz nach Steuern in Prozent in Schweden von 1980 bis 1995<sup>26</sup>

volle Überkapazitäten in der Bauindustrie. Fast parallel zu den Immobilienpreisen entwickelten sich die Aktienkurse in Schweden.<sup>27</sup> Nach den Deregulierungen in Norwegen und Schweden widmet sich das folgende Kapitel hauptsächlich den Liberalisierungen und ihren Auswirkungen auf das Kreditvolumen in Finnland.

#### 4. Deregulierung und Entwicklung des Kreditvolumens in Finnland

Abbildung 1 veranschaulicht den Anstieg der Bankkredite seit 1965 und erlaubt gleichzeitig einen Ländervergleich. Bezüglich der Entwicklung in Finnland fällt auf, daß die Expansion des Kreditvolumens zwar weniger abrupt verlief als in Norwegen und Schweden, dafür erreichte sie aber – gemessen am Verhältnis zum Bruttosozialprodukt des jeweiligen Landes – ein erheblich höheres Niveau, nämlich fast 100 Prozent. Das höchste Niveau wurde nach Norwegen (1989) und Schweden (1990) in Finnland im Jahr 1991 erklommen.

Die Regulierung und damit das künstliche Niedrighalten der Kreditzinssätze in Verbindung mit der Rationierung des Kreditvolumens sorgte auch in Finnland für einen chronischen Nachfrageüberhang nach Kre-

<sup>26</sup> Erstellt nach Drees/Pazarbaşıoğlu (1998), S. 14. Vgl. die Abbildungen 2 u. 4 u. Alexius/Blomberg (1993).

<sup>27</sup> Hyttinen (1999), S. 9 f. Drees/Pazarbaşıoğlu (1998), S. 23.



diten.<sup>28</sup> Zudem wurde nicht nur der durchschnittliche Kreditzinssatz der Banken, sondern ebenso der Einlagenzinssatz an den eher unbeweglichen Diskontsatz gekoppelt. Seit Mitte der 1980er Jahre lockerten sich diese Restriktionen schrittweise – sei es, daß man als Referenzzinssatz vom Diskontsatz zu volatileren Tagesgeldsätzen wechselte oder größere Abweichungen vom Referenzzinssatz zuließ. Maßgeblich treibende Kraft hinter der Deregulierung waren erneut florierende „graue“ Märkte, auf denen man die Regulierung umging: Ein typisches Beispiel für die Umgehung der Zinssatzobergrenzen liefern die sogenannten Cocktail-Loans – eine Mischung aus regulierten und unregulierten Krediten.<sup>29</sup>

Gefördert wurde das Kreditwachstum in Finnland – wie in den anderen beiden Ländern – durch ein unvorteilhaftes Steuersystem, bei dem hohe individuelle Grenzsteuersätze in Kombination mit abzugsfähigen Schuldzinsen zu negativen Realzinssätzen nach Steuern führten, die bis 1985 anhielten und 1989 zeitweise zurückkehrten, bevor die Realzinssätze zwischen 1990 und 1993 in die Höhe schnellten (Abbildung 4). So waren beispielsweise Schuldzinsen bis zu 25.000 Fmk für Wohnimmobilien und bis zu 10.000 Fmk für Konsumkredite abzugsfähig.<sup>30</sup> Zudem wird anhand der Abbildung 4 deutlich, daß auch in Finnland negative Sparquoten der privaten Haushalte auftraten. Die immense Verschuldung privater Haushalte wurde in großem Umfang zur Finanzierung von Wohnimmobilien genutzt, deren Preise sich zwischen 1980 und 1989 vervierfachten, um bis 1994 wieder auf ihr Ausgangsniveau zu fallen.<sup>31</sup> Nahezu parallel zu den Immobilienpreisen verlief die Entwicklung des Aktienmarktes.<sup>32</sup>

Die internationale Integration und die Deregulierung des grenzüberschreitenden Geld- und Kapitalverkehrs erleichterte seit Ende der 1980er Jahre unter anderem die Aufnahme von Fremdwährungskrediten.

<sup>28</sup> Vgl. zum Wachstum des Kreditvolumens speziell bei finnischen Sparkassen und Genossenschaftsbanken *Vihriälä* (1996, 1996 a). Siehe auch *Koskenkylä/Vesala* (1994).

<sup>29</sup> *Abrams* (1989), S. 7–9. *Drees/Pazarbaşıoğlu* (1998), S. 10 f. Einen ausgezeichneten chronologischen Überblick über die Deregulierungsmaßnahmen bieten *Brunila/Takala* (1993), S. 35–38, *Nyberg/Vihriälä* (1994), S. 11, sowie *Vihriälä* (1997), S. 30–34. Vgl. auch *Nurmio/Heiskanen* (1992), S. 982–984.

<sup>30</sup> *Lehmussaari* (1990), S. 76. Das durchschnittlich verfügbare Einkommen betrug etwa 65.000 Fmk. Vgl. auch *Brunila/Takala* (1993), S. 28–31.

<sup>31</sup> *Brunila/Takala* (1993), S. 16–23. *Drees/Pazarbaşıoğlu* (1998), S. 23. Analog verlief die Preisentwicklung bei Gewerbeimmobilien. *Jonung/Söderström/Stymne* (1996), S. 62 f.

<sup>32</sup> *Hyytinen* (1999), S. 9 f. *Vihriälä* (1997), S. 36.

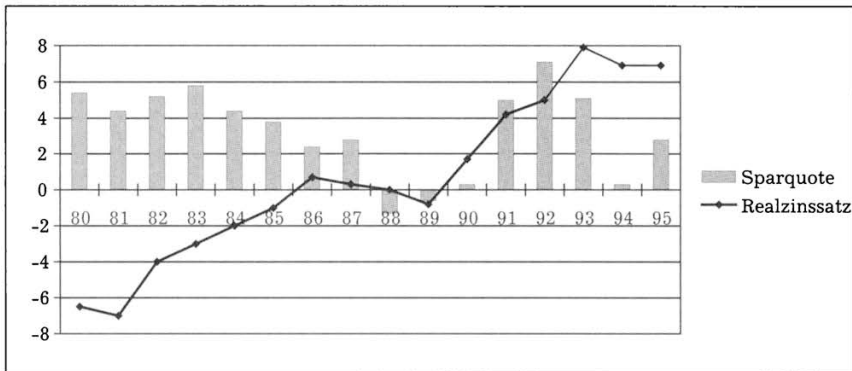


Abbildung 4: Sparquote privater Haushalte in Prozent ihres verfügbaren Einkommens und Realzinssatz nach Steuern in Prozent in Finnland von 1980 bis 1995<sup>33</sup>

Viel stärker als bei den privaten Haushalten schlug das bei den Unternehmen zu Buche: Vor allem bei Betrieben des Bau- und Dienstleistungsgewerbes betrugen die Fremdwährungspositionen teilweise über 50 Prozent der gesamten Verbindlichkeiten. Die Banken korrigierten mit Hilfe ihrer Fremdwährungsverbindlichkeiten die durch eine zu geringe Sparquote aufreißende Refinanzierungslücke. Diese Fremdwährungspositionen schufen ein erhebliches Risikopotential, da sie nicht oder nur unvollständig geschlossen wurden.<sup>34</sup> Oft waren diese Passiva auch nur kurzfristiger Natur, so daß zugleich eine positive Fristentransformation betrieben wurde.

An dieser Stelle läßt sich nun folgendes vorerst festhalten: Nach den Erfahrungen der 1920er und 1930er Jahre erachteten es die Verantwortlichen aus Norwegen, Schweden und Finnland im Anschluß an den Zweiten Weltkrieg als zweckmäßig, in einem System zu wirtschaften, das von regulierten Strukturen geprägt war. Was damals sinnvoll erschien, mußte es natürlich 30 bis 40 Jahre später nicht mehr sein. Im Vergleich zu anderen mittel- und westeuropäischen Staaten setzte in Norwegen, Schweden und Finnland die Deregulierung zeitlich verzögert ein. Während dieses Prozesses wurden unter anderem folgende Eckpfeiler der Regulierung abgeschafft: Unter- und Obergrenzen für Zinssätze, Rationierung

<sup>33</sup> Erstellt nach Drees/Pazarbaşıoğlu (1998), S. 14. Vgl. auch die Abbildungen 2 u. 3.

<sup>34</sup> Brunila/Takala (1993), S. 24–27. Koskenkylä/Vesala (1994), S. 9 f. Drees/Pazarbaşıoğlu (1998), S. 14 f.

des Kreditvolumens sowie Beschränkung des Devisenverkehrs. Der Deregulierungsprozeß zeichnete sich jedoch nicht immer durch stringentes und konsequentes Vorgehen aus. So bildeten beispielsweise die nur zögerlichen und den Maßnahmen im finanziellen Sektor hinterherhinkenden Reformen in den Steuersystemen der drei Länder einen idealen Nährboden für die exzessive Kreditvergabe der Banken. Das steigende Kreditvolumen in den 1980er Jahren war allerdings kein rein nordeuropäisches Phänomen.<sup>35</sup> Es stellt für sich allein genommen auch gar kein gravierendes Problem dar – ganz im Gegenteil: Das steigende Kreditvolumen müßte sogar im besonderen Einklang mit den Zielkonzeptionen der Banken stehen. Erst die unglückliche Kombination mit weiteren Einflußfaktoren führte zu den Bankenkrisen in Nordeuropa, die Gegenstand der Betrachtungen der nachfolgenden Teile III. und IV. sind.

### **III. Kreditausfälle, Erfolgseinbrüche und Beginn der drei Bankenkrisen**

#### *1. Kreditausfälle, Erfolgseinbrüche und Beginn der Bankenkrise in Norwegen*

Die Krise im norwegischen Bankensystem geht bis in das Jahr 1987 zurück und spitzte sich in zwei Phasen zu: Die erste Phase erstreckte sich von 1987 bis 1990 und wurde direkt von der erheblich problematischeren zweiten Krisenphase abgelöst. Abbildung 5 zeigt, wie die Kreditausfälle bei den Banken seit 1987 deutlich zunahmen und gleichzeitig der Erfolg der Institute dramatisch sank. Beide Bankengruppen wiesen sogar über mehrere Jahre hinweg negative Ergebnisse aus. Hier geht es nun primär darum herauszufinden, warum sie ihren Kapitaldienst nicht mehr oder nur eingeschränkt erbringen konnten und welche Auswirkungen das auf das norwegische Bankensystem hatte.<sup>36</sup>

Der Fall der Ölpreise und der ökonomische Abschwung ließen seit 1986 die Erlöse norwegischer Unternehmen schrumpfen. Mit der Abwertung der norwegischen Krone um 10 Prozent im Mai 1986 und eingedenk der erheblichen Auslandsverschuldung der Unternehmen stiegen zugleich die Kosten. Berücksichtigt man darüber hinaus die vergleichsweise geringe Eigenkapitaldecke der Unternehmen, so verwundert es

<sup>35</sup> *Commission* (1992), S. 42–47. *Steigum* (1992).

<sup>36</sup> Im Jahr 1986 traten neue Vorschriften über den Ausweis notleidender Kredite in Kraft, die seit dem ad hoc und in aller Schärfe sichtbar machten, was sonst viel länger im Verborgenen geblieben wäre. *Commission* (1992), S. 19–21 u. 85–87.



nicht, daß diese ihre Schulden nur noch stockend bedienten. Die privaten Haushalte wurden von den Problemen im Unternehmenssektor durch eine seit 1987 zunehmende Arbeitslosigkeit getroffen. Sie stieg von knapp 1,5 Prozent 1987 auf über 5 Prozent 1991. Das durch Arbeitslosigkeit reduzierte Einkommen wurde zudem durch steigende Realzinssätze belastet. Sinkende Immobilienpreise sorgten bei den privaten Haushalten und bei den Unternehmen für ein geringeres Vermögen. Viele Haushalte waren demzufolge nicht mehr in der Lage, ihren Schuldendienst zu erbringen. Zu den Gesamtausfällen bei den Banken trugen die privaten Haushalte jedoch nur 20 Prozent bei; knapp 80 Prozent der Ausfälle resultierten hingegen aus Krediten an Unternehmen.<sup>37</sup>

Für die Banken waren die Kreditausfälle zwar das größte, aber keineswegs das einzige Problem. Zu schaffen machten ihnen auch ihre offenen Fremdwährungspositionen. Der in Kapitel II.2. beschriebene Passivüberhang an Fremdwährungen ließ nach der Abwertung der norwegischen Krone den Schuldendienst – gemessen in heimischer Währung – rapide ansteigen. Da die Banken in nicht unerheblichem Umfang ihre langfristig ausgeliehenen Kredite an europäischen Geldmärkten kurzfristig

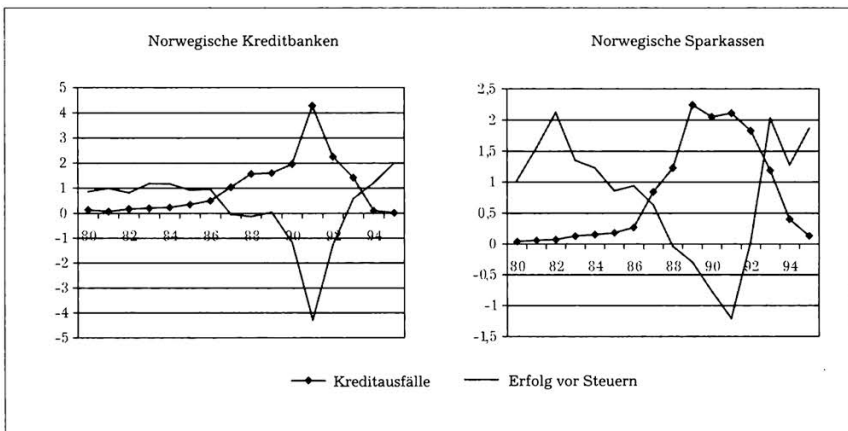


Abbildung 5: Kreditausfälle und Erfolg vor Steuern in Prozent der durchschnittlichen Bilanzsummen norwegischer Kreditbanken und Sparkassen (1980–1995)<sup>38</sup>

<sup>37</sup> Solheim (1990), S. 186. Skånland (1992), S. 135. Commission (1992), S. 27 u. 53 f. Strand (1993), S. 66. Drees/Pazarbaşıoğlu (1998), S. 22 f.

<sup>38</sup> Datenbasis entnommen aus Drees/Pazarbaşıoğlu (1998), S. 18. Vgl. auch die Abbildungen 6 u. 7.

refinanzierten, also positive Fristentransformation betrieben, stießen sie spätestens mit der Wiedervereinigung Deutschlands auf weitere Erfolgsprobleme. Das steigende Zinsniveau sowie inverse Zinsstrukturen führten zu negativen Fristentransformationsbeiträgen und verschärften die Lage.<sup>39</sup>

In dieser Situation rächte sich zudem die allzu sorglose Kreditvergabepraxis der Vorjahre. Steigum<sup>40</sup> berichtet beispielsweise von einer norwegischen Bank, die die Kreditvergabe an ein Unternehmen delegierte, das Yachten vertrieb und welches Kredite ohne weitere Prüfungen auch kurzfristig über das Wochenende vergab. Unabhängig von solchen Extrembeispielen war das laxe Risikomanagement der Banken nur selten in der Lage, dem Wunsch nach größeren Marktanteilen einen gesunden Einhalt zu gebieten. Vor allem in den zahlreichen im Zuge der Deregulierung neu errichteten Filialen sahen sich die aus einem engen Arbeitsmarkt rekrutierten unerfahrenen Bankmitarbeiter einem Druck nach raschem Erfolg ausgesetzt. Ventil hierfür schuf die Ausweitung des Kreditvolumens. In deren Hast wurden aber gewisse Mindestanforderungen – wie sie zum Beispiel allein schon die Prüfung der Kreditwürdigkeit stellt – zu oft unterschritten.<sup>41</sup> Zudem konnte man in den neu errichteten Filialen nicht auf eine gewachsene Struktur von Kreditnehmern zurückgreifen. Es erstaunt daher nicht, daß sich gerade in diesen Filialen die Ausfälle häuften.<sup>42</sup> Im Anschluß an die Phase des kostspieligen Ausbaus der Filialnetze von 1980 bis 1986 gelang es dem norwegischen Bankensystem zwar, den durchschnittlichen Verwaltungsaufwand zu senken; er blieb jedoch im europäischen Vergleich ungefähr doppelt so hoch wie in den deregulierten Universalbankensystemen mit ausgeprägtem Filialnetz.<sup>43</sup>

Die liquiditätsmäßig-finanzielle Verfassung der Banken verschlechterte sich 1987 offensichtlich. Eine eingehende Überprüfung der drittgrößten Kreditbank (Den norske Creditbank) Ende 1987 durch die Bankenaufsicht führte unmittelbar zur Freisetzung der Mehrheit der Führungs-

<sup>39</sup> Vgl. auch IMF (1996), S. 10–12.

<sup>40</sup> Steigum (1992), S. 6, Fn. 3. Vgl. auch Commission (1992), S. 82 f.

<sup>41</sup> Skånland (1991), S. 169, Leiter der Norges Bank, merkte an: „*Had the banks competed less in terms of volume and more in terms of long-term profitability, had they been more prudent in their lending operations and less sanguine about the future, there would again hardly have been a general banking crisis.*“

<sup>42</sup> Die Filialzahl der Sparkassen und Kreditbanken erreichte 1986 bzw. 1987 Höchstwerte. Commission (1992), S. 66–69. Sie standen in direkter Konkurrenz zu den Finanzierungsgesellschaften. Ebenda, S. 69–72.

<sup>43</sup> Vgl. Drees/Pazarbaşıoğlu (1998), S. 6, 19 u. 34; Berg/Førsund/Jansen (1992). Dahlheim/Lind/Nedersjö (1992); Berg u. a. (1993) sowie Bukh/Berg/Førsund (1995).

kräfte dieser Bank. Zudem wurden ihr Auflagen erteilt, die erheblich besonnenere Strategien bezüglich der Risiko- und Nettohaftungsreservepolitik anmahnten. Ähnlich erging es der größten Sparkasse Norwegens, der Sparebanken ABC. Zudem geriet Anfang 1988 die größte norwegische Finanzierungsgesellschaft, eine Tochter der größten Versicherung, in Schwierigkeiten; als Spätfolge wurde die norwegische Versicherung von einer schwedischen Versicherung übernommen.<sup>44</sup>

Den eigentlichen Krisenbeginn legen einige Autoren<sup>45</sup> jedoch auf den 18. März 1988: An diesem Tag wurden die Schuldendeckungsprobleme der im Nordwesten Norwegens operierenden Sunnmørsbanken (Kreditbank) publik, die bis zum 19. September 1988 ihr gesamtes Eigenkapital einbüßte. Im Laufe des Sommers 1988 gerieten darüber hinaus zwei größere Sparkassen (Sparebanken Nord und Tromsø Sparebanken) in Schwierigkeiten. Die Verschmelzung der beiden Sparkassen zur Sparebanken Nord-Norge am 1. Juli 1989 schuf nur für kurze Zeit Entlastung, denn schon am 8. Oktober 1989 war das frisch fusionierte Institut überschuldet. Zu diesen beiden überschuldeten Sparkassen gesellten sich bis Ende 1990 noch einige weitere Sparkassen, die entweder überschuldet waren oder dringender Hilfe bedurften; in diesem Zusammenhang werden ausdrücklich genannt: Sparebanken Romsdal, Spareskillingsbanken Trøndelag, Skiptvedt Sparebank, Nordkapp Sparebank, Sparebanken Nordland und Hemnes Sparebank. Den Höhepunkt und gleichzeitig das Ende der ersten Krisenphase bildete hingegen die Überschuldung einer Kreditbank, nämlich der Norion Bank. Sie nahm wie alle in diesem Absatz genannten Institute die ausgiebige Hilfe der entsprechenden Sicherungseinrichtung in Anspruch. Für die Kreditbanken war dabei der Kreditbanken-Sicherungsfonds und für die Sparkassen der Sparkassen-Sicherungsfonds zuständig, die beide privatwirtschaftlich organisiert waren. Das Jahr 1990 markierte nicht nur das Ende rein privatwirtschaftlicher Hilfen, sondern leitete gleichzeitig den Beginn umfangreicher Staatseingriffe ein.<sup>46</sup> Der Übergang zur zweiten Krisenphase und der weitere Verlauf der Bankenkrise in Norwegen mit seinen bis heute nachwirkenden Eingriffen sind Gegenstand der Betrachtungen des Kapitels IV.1.

<sup>44</sup> Solheim (1990), S. 192–195. Vgl. auch Fn. 65.

<sup>45</sup> Ongena/Smith/Michalsen (2000), S. 6. Vgl. auch Kaen/Michalsen (1997), S. 86; dort findet man auf S. 88 f. einen ausgezeichneten tabellarischen Überblick zur Chronologie der Abläufe in Norwegen.

<sup>46</sup> Fidjestøl (1991). Jonassen/Gleinsvik (1992), S. 44 f. Wilse (1995), S. 217 f. Kaen/Michalsen (1997), S. 85. Vgl. zur Lage des finanziellen Sektors 1990 auch Erlandsen/Jonassen (1991).



## 2. Kreditausfälle, Erfolgseinbrüche und Beginn der Bankenkrise in Schweden

Der dem Boom (1985–1990) folgende wirtschaftliche Abschwung zwischen 1991 und 1993 war ein beispielloser Vorgang in der schwedischen Nachkriegsgeschichte. Er braucht in seiner Dramatik den Vergleich mit den Krisen 1921/22 und 1931/33 keineswegs zu scheuen.<sup>47</sup> Einerseits nahmen makroökonomische Einflüsse die Banken und ihre Kreditnehmer ins Visier: Der Wille, die schwedische Krone an einen Währungskorb und ab 1991 an den ECU zu binden, führte zu einem radikalen Anstieg der Zinssätze, um die Krone innerhalb der vorgegebenen Bandbreite zu halten. Steigende Zinssätze, gepaart mit einer aufkommenden Rezession, ließen den Erfolg der Unternehmen schrumpfen und führten reihenweise zu deren Ausfall, was wiederum gravierende Folgen auf dem Arbeitsmarkt hatte. Gleichzeitig fielen die Preise für Wohn- und Gewerbeimmobilien sowie die Aktienkurse ins Bodenlose.<sup>48</sup> Als am 19. November 1992 die Politik fester Wechselkurse aufgegeben und die schwedische Krone massiv abgewertet wurde, stieg infolge der offenen Währungspositionen der Schuldendienst in heimischer Währung plötzlich stark an. Nicht nur den Banken bescherte das zusätzliche Erfolgsprobleme.<sup>49</sup> Viel stärker litt das gesamte Bankensystem darunter, daß ein Teil der Unternehmen und privaten Haushalte ihren Schuldendienst nicht mehr oder nur eingeschränkt erbrachten (Abbildung 6). Die höchsten Kreditausfälle verzeichneten Kreditbanken und Sparkassen 1992. Verluste, die neben der übermäßigen Fristentransformation und den offenen Währungspositionen vor allem aus den Kreditausfällen entsprangen, hielten über drei beziehungsweise zwei Jahre an, obwohl der durchschnittliche Erfolg zwischen 1991 und 1994 positiv war. Dies belegt den anfänglich tiefen Fall und die unerwartet schnelle Erholung.<sup>50</sup>

Natürlich sind nicht allein makroökonomische Faktoren für die Probleme im Bankensystem verantwortlich. Auf bankbetrieblicher Ebene ist

<sup>47</sup> *Jonung/Söderström/Stymne* (1996), S. 56, Fn. 6.

<sup>48</sup> So stieg die Leerstandsrate bei Wohn- und Gewerbeimmobilien in Großstädten sprunghaft von 2% auf knapp 20%. *Ministry* (1994), S. 7. *Ahlberg* (1996), S. 6 f.

<sup>49</sup> *Andersson/Viotti* (1999), S. 71–73 u. 76–79. *Alexius/Lindberg* (1996). *Dahlheim/Lind/Nedersjö* (1992). *Ahlberg* (1996), S. 5. *Jonung/Söderström/Stymne* (1996), S. 68.

<sup>50</sup> Von den gesamten Kreditausfällen der Jahre 1992 bis 1994 stammten ca. 71% aus Krediten an Unternehmen des nichtfinanziellen Sektors und ca. 10% aus Krediten an private Haushalte. *Ahlberg* (1996), S. 10. Vgl. auch die Quellen aus Fn. 43.

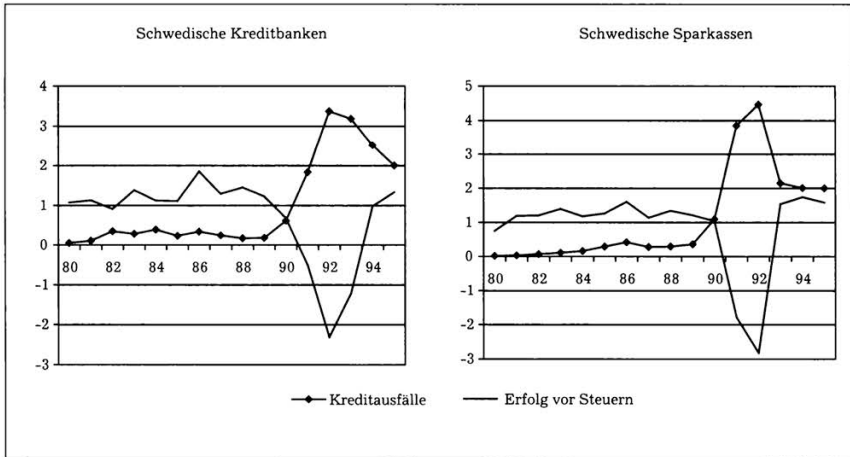


Abbildung 6: Kreditausfälle und Erfolg vor Steuern in Prozent der durchschnittlichen Bilanzsummen schwedischer Kreditbanken und Sparkassen (1980–1995)<sup>51</sup>

hier an erster Stelle ein unzureichendes Risikomanagement zu nennen, das beispielsweise bei der Kreditvergabe nicht primär auf die Fähigkeit des Kreditnehmers, den Kredit langfristig bedienen zu können, sondern vielmehr auf den Wert der gestellten Sicherheiten abzielte. Eine fundierte Wertermittlung fand dabei ebensowenig statt wie die kritische Begleitung der Engagements im Anschluß an die Kreditvergabe. Ein übriges verrichteten dann noch Probleme in den Organisationsstrukturen der Banken, unangemessene Informationssysteme, deren Leistungsfähigkeit man durch Fusionen zusätzlich auf harte Proben stellte, sowie interne Rechnungswesen, die nicht in der Lage waren, Erfolgsbeiträge einzelner Geschäfte oder Kunden zu ermitteln.<sup>52</sup>

Die Kreditausfälle machten sich zuerst nur bei den Finanzierungsgesellschaften bemerkbar, denen man von aufsichtlicher Seite her jedoch keine Systemrelevanz beimaß, da sie als isoliertes und vorübergehendes Phänomen eingestuft wurden.<sup>53</sup> Allerdings litten schon kurz darauf,

<sup>51</sup> Datenbasis entnommen aus Drees/Pazarbaşıoğlu (1998), S. 19. Siehe zur rechtlichen Umgestaltung der Sparkassen und der hier nicht berücksichtigten Kreditgenossenschaften Biljer (1992), S. 19, u. Biljer/Jonsson (1993), S. 23. Vgl. auch die Abbildungen 5 u. 7 sowie Ministry (1994), S. 11.

<sup>52</sup> Ahlberg (1996), S. 14. Vgl. Fn. 51.

<sup>53</sup> Biljer (1992), S. 15 f. Bank Support Authority (1993), S. 8. Eine Versicherung zum Schutz der Einleger existiert in Schweden erst seit 1996. Andersson/Viotti (1999), S. 73, Fn. 3. Ministry (1994), S. 18.

nämlich im Herbst 1991, Nordbanken und Första Sparbanken unter liquiditätsmäßig-finanziellen Engpässen. Da der Staat ohnehin schon Mehrheitseigner der damals drittgrößten Bank des Landes, Nordbanken, war, fiel eine zusätzliche Stützung zu diesem Zeitpunkt nicht weiter ins Gewicht, sicherte aber aus staatlicher Sicht die gefährdete Stabilität des Bankensystems. Auch bei der Första Sparbanken fürchtete der Staat systemweite Auswirkungen und griff einigermaßen geräuschlos ein.<sup>54</sup> Im Frühjahr 1992 wurde deutlich, daß weder die bis dahin vorgenommenen Unterstützungen ausreichten, noch die anderen Banken von ähnlichen existentiellen Problemen verschont blieben. Immer rascher schwand das Vertrauen in das schwedische Bankensystem. Die Bedrohung wurde in Schweden für so substantiell befunden, daß der Staat eine Übernahme des gesamten Bankensystems in Betracht zog. In einer Atmosphäre des nationalen Notstands, in der Entscheidungsprozesse laut schwedischen Zeitzeugen unter kriegsähnlichen Zuständen abliefen, verkündete die Regierung im engen Schulterschuß mit der sozialdemokratischen Opposition am 24. September 1992 eine unbegrenzte Staatsgarantie für alle Bankeinlagen in Schweden.<sup>55</sup> Diese Staatsgarantie bildete den Ausgangspunkt für umfangreiche Eingriffe ins schwedische Bankensystem, die Kapitel IV.2. untersucht.

### *3. Kreditausfälle, Erfolgseinbrüche und Beginn der Bankenkrise in Finnland*

Der wirtschaftliche Abschwung in Finnland weist viele makroökonomische Parallelen zu Schweden auf. So führte auch in Finnland eine Politik fester Wechselkurse dazu, der unkontrollierten Expansion des Kreditvolumens mittels höherer Zinssätze nicht im notwendigen Maße begegnen zu können. Als später im Zuge der deutschen Wiedervereinigung die Zinsen europaweit anstiegen, verstärkte dies auf prozyklische Weise die sich ohnehin schon abschwächende Binnennachfrage. Über die Probleme hinaus, die mit einer sinkenden Binnennachfrage verbunden sind, traf es besonders diejenigen Unternehmen, die sich verstärkt in Fremdwährungen verschuldet hatten und die aufgrund ihrer überwiegenden Abhängigkeit von der Binnennachfrage nicht auf kompensierende Effekte durch

<sup>54</sup> *Bank Support Authority* (1993), S. 11. *Ministry* (1994), S. 8 f. u. 20. Ende 1992 ging die Första Sparbanken in der Sparbanken Sverige auf.

<sup>55</sup> *Andersson/Viotti* (1999), S. 83. *Ministry* (1994), S. 10. *Ingves/Lind* (1996), S. 8. *Dahlheim/Lind/Nedersjö* (1993), S. 24 f. Vgl. zum unterstützungsfähigen Institutskreis, den Unterstützungsformen und Unterstützungsbedingungen *Bank Support Authority* (1993), S. 14 f.



Exporte hoffen durften.<sup>56</sup> Im Vergleich zu Schweden trat jedoch in Finnland ein die Rezession fördernder Faktor hinzu, der die anderen Faktoren bei weitem überwog, nämlich die sich erst abschwächenden und im Jahre 1991 völlig zusammenbrechenden Handelsbeziehungen zur Sowjetunion. In gewisser Weise zahlte Finnland damit einen Preis für seine bevorzugte Behandlung während der Ölkrisen der 1970er und 1980er Jahre, als es während der Krisen und danach in den Genuß günstiger sowjetischer Öllieferungen kam, wodurch die andernorts massiv auftretenden Rezessionen erheblich gedämpft wurden. Kiander und Vartia resümieren: „When we add to the ‚Swedish development‘ the negative effects caused by the collapse of exports to the Soviet Union, we get the ‚Finnish case‘.“<sup>57</sup>

Die Erfolgsprobleme finnischer Unternehmen strahlten auch auf den Arbeitsmarkt aus: Lag die Arbeitslosenquote 1989 und 1990 noch unter 4 Prozent, so stieg sie über 11 Prozent 1991 auf knapp 16 Prozent 1992.<sup>58</sup> Schon allein aufgrund dieser ausgewählten makroökonomischen Zusammenhänge erstaunt es nicht, daß viele Unternehmen und private Haushalte ihre im Vorfeld aufgenommenen Kredite nicht mehr bedienen konnten. Abbildung 7 zeigt, wie die Kreditausfälle anstiegen und gleichzeitig der Erfolg der Banken einbrach. Die Ausfälle erreichten bei den Kreditbanken 1992/93 ihren Höhepunkt; bei den Sparkassen lag er im Jahr 1992. Hervorhebenswert ist, daß die Sparkassen erheblich stärker in Mitleidenschaft gezogen wurden als alle anderen Institute. Eindrucksvoll zeigen einige Studien, daß es vor allem die Sparkassen waren, die seit Mitte der 1980er Jahre – vom ständigen Vorwurf zu geringer Wirtschaftlichkeit getrieben – ihr Heil in der massiven Expansion des Kreditvolumens suchten.<sup>59</sup> Ihrer gängigen Geschäftspolitik folgend, kamen als Kreditnehmer vor allem kleine und mittelständische Unternehmen in Frage, die oftmals stark von der Binnennachfrage abhingen. Mit Blick auf die vorhergehenden Kapitel muß hier nicht näher ausgeführt werden,

<sup>56</sup> Jonung/Söderström/Stymne (1996), S. 56 f. u. 66–69. Nyberg/Vihriälä (1994), S. 11–15. Vihriälä (1997), S. 34 u. 37. Kiander/Vartia (1998), S. 389 f. Vgl. auch Fn. 63.

<sup>57</sup> Kiander/Vartia (1998), S. 396. Nyberg/Vihriälä (1994), S. 18–24. Herrala (1999), S. 18 f., verweist in seiner die Jahre 1865–1998 umfassenden Studie auf makroökonomische Schocks, die ohne Bankenkrisen auskamen.

<sup>58</sup> Nyberg/Vihriälä (1994), S. 16.

<sup>59</sup> Solttila/Vihriälä (1994), S. 7, bezeichnen dies als „reckless lending“. Vgl. Koskenkylä/Vesala (1994), Takala/Virén (1995), S. 8–13, Vihriälä (1996), Vihriälä (1997), S. 56–60, Kinnunen/Vihriälä (1999). Neben Kreditausfällen litten die Banken unter Währungs- u. Zinsänderungsrisiken. Solttila/Vihriälä (1994), S. 24–28.

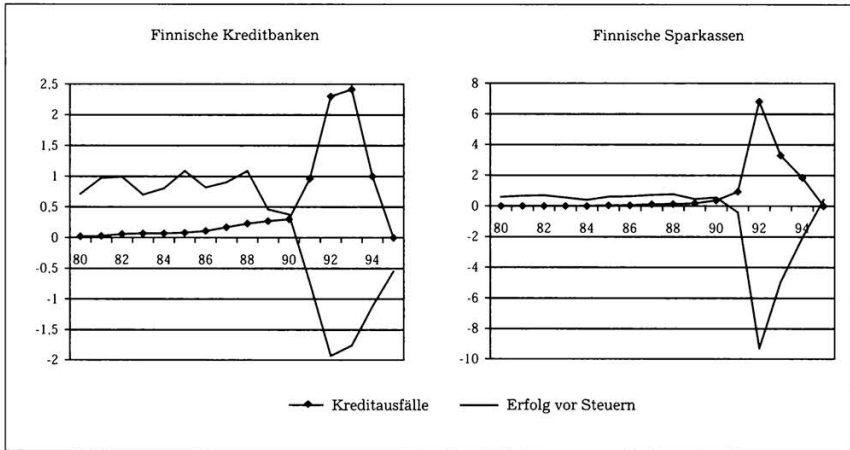


Abbildung 7: Kreditausfälle und Erfolg vor Steuern in Prozent der durchschnittlichen Bilanzsummen finnischer Kreditbanken und Sparkassen (1980–1995)<sup>60</sup>

daß bei dieser unkontrollierten „Flucht nach vorn“ ein verantwortungsvolles Risikomanagement keine Chance hatte, Schritt zu halten.

Als erste Bank geriet die Skopbank in ernsthafte Schwierigkeiten. Sie war das Spitzeninstitut der Sparkassen und als Kapitalgesellschaft organisiert, so daß sie Bankgeschäfte ausüben durfte, die man den anderen Instituten ihrer Gruppe verwehrte.<sup>61</sup> Skopbanks Probleme wuchsen 1989 und 1990 so sehr, daß die Bank im Herbst 1989 zuerst unter strenge Beobachtung der Bankenaufsicht geriet und die Sparkassen später 1,3 Milliarden Fmk Eigenkapital nachschießen mußten. Dieser Einschuß war Teil eines von der Bankenaufsicht im Oktober 1990 organisierten Rettungsprogramms. Im Sommer 1991 schwand das Vertrauen in die Skopbank mehr und mehr, da sie die gesteckten Teilziele des Rettungsprogramms verfehlte. Am 19. September 1991 mußte die Bank sogar schließen. In Ermangelung einer geeigneten Alternative wurde die Skopbank von der finnischen Zentralbank übernommen, um das Vertrauen in das

<sup>60</sup> Datenbasis entnommen aus Drees/Pazarbaşıoğlu (1998), S. 18. Vgl. auch die Abbildungen 5 u. 6.

<sup>61</sup> Analog agierte und firmierte die Okobank für die Kreditgenossenschaften. Wesentliche Akteure des finnischen Bankensystems waren damals zudem die staatliche Postbank (Postipankki) sowie die beiden großen Kreditbanken Kansallis-Osake-Pankki und Unitas. Vihriälä (1997), S. 31. Nyberg/Vihriälä (1994), S. 8 u. 21.

gesamte finnische Bankensystem aufrecht zu erhalten. Um die Skopbank zu revitalisieren, etablierte man unmittelbar drei Unternehmen: Auf Scopulus Oy wurden alle Anteile an der Skopbank übertragen; Solidium Oy übernahm die Industriebeteiligungen der Skopbank und Sponda Oy manage ihre Immobilien. Zudem wurde ein Großteil der Führungskräfte ausgewechselt.<sup>62</sup> Angesichts zunehmender Schwierigkeiten im finnischen Bankensystem und der den klassischen Funktionen einer Zentralbank zutiefst widerstrebenden Rolle der finnischen Zentralbank war eine grundsätzliche Strategieänderung dringend vonnöten.<sup>63</sup> Da sich die neue Strategie vermehrt auf Staatseingriffe verließ, wird die Analyse in Kapitel IV.3. fortgesetzt, nachdem die Staatseingriffe in die beiden anderen Bankensysteme betrachtet wurden.

#### IV. Staatseingriffe zur Stabilisierung der fragilen Bankensysteme

##### 1. Staatseingriffe ins norwegische Bankensystem

Die beiden privaten norwegischen Sicherungsfonds wurden in den Jahren 1989 und 1990 durch ihre Mitgliedsinstitute stark belastet: So zahlte der Sparkassen-Sicherungsfonds 1,9 Milliarden nkr aus und vergab weitere 1,2 Milliarden nkr an Garantien. Ähnlich gestaltete es sich beim Kreditbanken-Sicherungsfonds, der bereits 1,4 Milliarden nkr ausgezahlt hatte, als im Dezember 1990 Gerüchte über erhebliche Schuldendeckungsprobleme bei den drei größten Banken des Landes kursierten. Die Probleme wurden zuerst bei der drittgrößten Bank Norwegens, der Fokus Bank (Kreditbank), evident. Es stellte sich heraus, daß aufgrund eingetretener Verluste ihre Eigenkapitalquote auf 3,1 Prozent gesunken war; noch im gleichen Monat mußte das Grundkapital um 50 Prozent herabgesetzt werden. Der Kreditbanken-Sicherungsfonds stellte unverzüglich eine Garantie über 1,5 Milliarden nkr.<sup>64</sup> Die sich anbahnenden Schuldendeckungsprobleme bei der zweitgrößten und größten Bank

<sup>62</sup> Vihriälä (1997), S. 38. Nyberg/Vihriälä (1994), S. 21. Vgl. zur problematischen Personalpolitik in den krisengeschüttelten Sparkassen Koivisto (1994).

<sup>63</sup> Zu berücksichtigen ist, daß am 15. November 1991 die finnische Währung um 12,3% abgewertet und am 8. September 1992 ein fester Wechselkurs ganz aufgegeben wurde. Jonung/Söderström/Stymne (1996), S. 68.

<sup>64</sup> Der Nominalwert einer Aktie der Fokus Bank betrug damit statt 100 nur noch 50 nkr. Commission (1992), S. 16. Kaen/Michalsen (1997), S. 87. Ongena/Smith/Michalsen (2000), S. 8.



(Christiania Bank und Den norske Bank<sup>65</sup>) des Landes ließen staatliches Handeln geboten erscheinen, um das sinkende Vertrauen gegenüber dem norwegischen Bankensystem nicht in eine Panik umkippen zu lassen. Am 25. Januar 1991 schlug die Regierung dem norwegischen Parlament die Gründung eines staatlichen Sicherungs- und Garantiefonds (Government Bank Insurance Fund) vor, der mit Gesetz vom 15. März 1991 seine Arbeit aufnahm, indem er zuerst die beiden privaten Sicherungsfonds mit Krediten unterstützte.<sup>66</sup> Dieser Sicherungsfonds bildete damit eine weitere Verteidigungslinie im norwegischen Bankensystem.

Der staatliche Sicherungsfonds erwies sich sowohl hinsichtlich seiner Kapitalausstattung in Höhe von 5 Milliarden nkr als auch bezüglich seiner Zielsetzung schnell als unzureichend. Die Kapitalknappheit zeigte sich schon nach dem ersten Halbjahr 1991, als die Christiania Bank 1,8 Milliarden nkr und die Fokus Bank weitere 0,65 Milliarden nkr Hilfe vom staatlichen Sicherungsfonds erhielten, da der Kreditbanken-Sicherungsfonds kaum noch über eigene Mittel verfügte. Zudem wurden zwei Sparkassen mit 0,16 Milliarden nkr durch den staatlichen Sicherungsfonds unterstützt, da auch der Sparkassen-Sicherungsfonds an seine finanziellen Grenzen geriet. Nach dem dritten Quartal 1991 war offensichtlich, daß alle bis dahin eingeleiteten Maßnahmen erheblich zu kurz gegriffen hatten und daß eine Rettung drastischere Schritte erforderte. Daher verabschiedete das norwegische Parlament am 29. November 1991 ein Gesetz mit folgenden Kernpunkten: (a) Aufstockung der Ressourcen des staatlichen Sicherungsfonds um 6 Milliarden nkr und Erweiterung seiner Eingriffsbefugnisse, (b) Gründung eines staatlichen Investitionsfonds (Government Bank Investment Fund) mit einem Kapital von 4,5 Milliarden nkr, (c) reduzierte Beitragszahlungen der Mitgliedsinstitute an ihre privaten Sicherungsfonds und (d) staatlicher Zuschuß an den Sparkassen-Sicherungsfonds in Höhe von 1 Milliarde nkr. Diese einschneidenden Änderungen bewirkten unter anderem, daß sich der staatliche Sicherungsfonds nun direkt als Eigenkapitalgeber an notleidenden Banken beteiligen durfte, so daß er bei Banken, die ihr gesamtes Eigenkapital verloren hatten, unter Umständen zum alleinigen Eigner aufsteigen konnte. Das Ziel des staatlichen Investitionsfonds bestand hingegen in der Bereitstellung von Kapital zu Marktbedingungen an solche Banken, die aufgrund des allgemein gesunkenen Vertrauens von markt-

<sup>65</sup> Die damals zweit- und drittgrößte Bank Norwegens, Bergen Bank und Den norske Creditbank, fusionierten 1990 zur Den norske Bank. Vgl. *Erlandsen/Jonasen* (1991), S. 46, u. *Solheim* (1990), S. 188.

<sup>66</sup> *Erlandsen* (1991). *Commission* (1992), S. 37–40. *Wilse* (1995), S. 217 f.

mäßigen Akquisitionsmöglichkeiten inzwischen ausgeschlossen waren. Der staatliche Investitionsfonds durfte jedoch nur im Schulteranschluß mit privaten Investoren handeln; ein längerfristiges Engagement dieses Fonds wurde dabei allerdings hingenommen.<sup>67</sup>

Noch im Dezember 1991 eilte der staatliche Sicherungsfonds den drei größten und durch Verluste schwer angeschlagenen Banken zu Hilfe. Zudem wurde per königlichem Dekret das Grundkapital der Fokus Bank und der Christiania Bank verlustbedingt abgeschrieben. Der staatliche Sicherungsfonds wurde damit alleiniger Eigner der drittgrößten Bank (Fokus Bank). Er hielt darüber hinaus an der zweitgrößten Bank (Christiania Bank) 98 Prozent des Grundkapitals. Im Frühjahr 1992 unterstützte auch der staatliche Investitionsfonds die größte Bank des Landes (Den norske Bank) und wurde mit 56 Prozent der Anteile Mehrheitseigner.<sup>68</sup> Nachdem sich Ende 1992<sup>69</sup> und im Verlauf des Jahres 1993 eine Entspannung der Lage abzeichnete sowie Ergebnisverbesserungen bei nahezu allen Banken eintraten, begannen Überlegungen zur Rückführung des staatlichen Sicherungsfonds. Als die Hilfen des staatlichen Sicherungsfonds in Grundkapital der Den norske Bank umgewandelt wurden, das nun der staatliche Investitionsfonds verwaltete, erhöhte sich jedoch im Dezember 1993 der Staatsanteil zwischenzeitlich auf 88 Prozent. Von besseren Zukunftsaussichten stimuliert, regte sich bei vielen norwegischen und ausländischen Investoren die Nachfrage nach norwegischen Bankaktien. Daher war es bereits im Dezember 1992 möglich gewesen, den Staatsanteil an der Christiania Bank auf 69 Prozent zu senken. Bis Juni 1994 reduzierte sich zudem der Staatsanteil an der Den norske Bank auf 72 Prozent.

Im Gegensatz zu den Sparkassen, die mit Hilfe ihres Sicherungsfonds den staatlichen Sicherungsfonds 1994 vollständig entlasteten, zog sich das Engagement bei den Kreditbanken länger hin. Gleichzeitig wurde der politische Wille deutlich, nur bei der Fokus Bank den Staatsanteil

---

<sup>67</sup> *Wilse* (1995), S. 218 f. u. 233 f. Siehe zur fundierten und zeitnahen Beschreibung der Lage des finanziellen Sektors 1991 *Eeg/Nordal* (1992). Vgl. zum Wortlaut von Inhalt und Zeitbezug der Ziele beider staatlicher Fonds den Nachtragshaushalt 1991 – zitiert in *Commission* (1992), S. 40.

<sup>68</sup> Der Staat unterstützte zu dieser Zeit auch einige Sparkassen. Den erheblich größeren Anteil zogen aber die Kreditbanken auf sich. Kostenreduktionen und Bilanzverkürzungen waren regelmäßig anzutreffende Auflagen, mit denen u. a. ein angemessenes Eigenkapital durchgesetzt werden sollte. *Wilse* (1995), S. 219–223.

<sup>69</sup> Vgl. zur Wechselkursentwicklung der norwegischen Krone und ihrer Abkoppelung vom ECU am 10. Dezember 1990 *Strand* (1993), S. 66 f., u. *IMF* (1996), S. 8–10. Vgl. zur fundierten und zeitnahen Beschreibung der Lage des finanziellen Sektors 1992 *Johansen* (1993).

vollständig zurückzuführen, was bis 1995 auch geschah. Bei den beiden größten Banken Norwegens, Den norske Bank und Christiania Bank, wollte man eine drohende Kontrolle durch einzelne (ausländische) Investoren vereiteln, weshalb ein Anteil des Staates von über 50 Prozent angestrebt und vorerst auch beibehalten wurde.<sup>70</sup>

## 2. Staatseingriffe ins schwedische Bankensystem

Nach Verkündung der Staatsgarantie für Bankeinlagen am 24. September 1992 wurde diese vom schwedischen Parlament am 18. Dezember 1992 bestätigt. Zuerst oblag dem Finanzministerium Koordination und Durchführung der Hilfsmaßnahmen. Diese beinhalteten eine Überprüfung der internen Kontrollsysteme, der Organisationsstrukturen und der Erfolgsaussichten der Banken. Letzteres konnte allerdings nur dann angemessen geschehen, wenn man die Werthaltigkeit der von den Banken hereingenommenen Kreditsicherheiten sorgfältig prüfte. Da etwa drei Viertel der Kreditsicherheiten aus Immobilien bestanden, wurde dem Finanzministerium und der Bankenaufsicht sehr schnell klar, daß sie hierzu nicht über die entsprechende Expertise verfügten. Mit der Gründung eines neuen Bankenstützungsamtes (Bank Support Authority) am 1. Mai 1993 wurden vermehrt ausländische Berater zu Rate gezogen, die schon Erfahrungen beim Management von Bankenkrisen in Norwegen, den USA und Japan gesammelt hatten.<sup>71</sup> Des weiteren stellte das Bankenstützungsamt ein Bewertungskomitee (Valuation Board) auf, in dem sich Experten mit der schwierigen Bewertung von Immobilien während der Krise befaßten. Im Ergebnis einer Gesamtbeurteilung der Banken kategorisierte man diese dann als sogenannte A-, B- oder C-Banken.<sup>72</sup>

Die staatlichen Hilfen konzentrierten sich auf folgende Banken: Nordbanken, Gota Bank, Sparbanken Sverige, Föreningsbanken und Skandinaviska Enskilda Banken. Wie schon in Kapitel III.2. berichtet, kam Nordbanken bereits 1991 in den Genuß von Staatshilfen. Nordbankens anhaltende Schwierigkeiten ließen es im Herbst 1992 angezeigt erscheinen, die notleidenden Kredite an eine eigens gegründete Tochtergesell-

<sup>70</sup> Wilse (1995), S. 223–226. IMF (1996), S. 24–26. Vgl. zu den pannordischen Fusionen auch Scharrer/Stahn (1998), O.V. (1999) u. O.V. (2000).

<sup>71</sup> Bank Support Authority (1993), S. 14–19. Ministry (1994), S. 19. Drees/Pazarbaşioğlu (1998), S. 29–31. Andersson/Viotti (1999), S. 73–76.

<sup>72</sup> Ingves/Lind (1996), S. 9–13. Ungeachtet des seinerzeit bestehenden Zeitdrucks diskutierte das Komitee auch Grundsatzfragen wie sie sich bspw. im Zusammenhang mit dem imparitätischen Realisationsprinzip stellen.



schaft, Securum, auszulagern. Securum spezialisierte sich in der Folge auf die Liquidation und das Management von Immobilien. 67 Milliarden skr oder 21 Prozent des nominalen Kreditvolumens (ohne Abschreibungen) wurden von Nordbanken zur Securum-Tochter transferiert. Eine gleichzeitig von Nordbanken vorgenommene Abschreibung über 17 Milliarden skr zugunsten dieser Kredite reduzierte das Volumen notleidender Kredite bei Securum auf 50 Milliarden skr. Von den 35 Milliarden skr, die Securum an staatlichen Hilfen erhielt, belasteten 23 Milliarden skr den Staatshaushalt.<sup>73</sup> Nordbanken selbst wurde mit etwa 16 Milliarden skr aus dem Staatshaushalt unterstützt und überschritt schon im ersten Halbjahr 1993 wieder die Gewinnschwelle.

Im Herbst 1992 geriet auch die viertgrößte Bank Schwedens, Gota Bank, in Schwierigkeiten. Ihre Muttergesellschaft, Gota AB, wurde insolvent und der Staat übernahm von ihr alle Anteile an der Gota Bank im Dezember 1992. Nachdem im ersten Halbjahr 1993 immer mehr Verluste zum Vorschein traten, gründete man auch hier eine Tochter, Retriva, auf die alle notleidenden Kredite entfielen. 39 Milliarden skr oder 45 Prozent des nominalen Kreditvolumens wurden von der Gota Bank zur Tochter Retriva transferiert. Gleichzeitig schrieb die Gota Bank 23 Milliarden skr ab, so daß bei Retriva noch 16 Milliarden skr verblieben. Die Gota Bank belastete letztlich den Staatshaushalt mit 20 Milliarden skr. Am 17. Dezember 1993 fusionierten aufgrund staatlicher Initiative Nordbanken und Gota Bank; sie hielten am Namen Nordbanken fest und etablierten die viertgrößte Bank Schwedens. Mit diesem Schritt strebte der Staat nach dem Herauslösen der beiden Problemtöchter Securum und Retriva, die sich wiederum im Dezember 1995 zusammenschlossen, eine Privatisierung von Nordbanken an. Im Oktober 1995 verkaufte er 34,5 Prozent seiner Nordbankenanteile für 6,4 Milliarden skr.<sup>74</sup>

Neben der ausgiebigen Hilfe an Nordbanken und Gota Bank unterstützte der Staat – allerdings in viel geringerem Umfang – noch weitere Banken. Sparbanken Sverige entstand 1992 aus dem Zusammenschluß von Sparbankernas Bank, zehn regionalen Sparkassen, einigen Serviceunternehmen der Sparkassengruppe und Första Sparbanken. Sparban-

---

<sup>73</sup> Die Differenz (12 Mrd. skr) resultiert aus der Verwertung von Sicherheiten (10 Mrd. skr), nicht in Anspruch genommenen Garantien u. sonstigen Quellen. Vgl. *Ministry* (1994), S. 20–27, *Bank Support Authority* (1993), S. 10–13, *Bank Support Authority* (1994), S. 13–22. *Ingves/Lind* (1996), S. 13 f., *Lind/Nedersjö* (1994).

<sup>74</sup> *Bank Support Authority* (1994), S. 15 f. u. 18. *Drees/Pazarbaşıoğlu* (1998), S. 30 f. *Jonsson* (1994), S. 21.

ken Sverige konnte ihre Probleme, die sich vor allem um Första Sparbanken drehen, fast selbständig lösen. Von den 6,5 Milliarden skr Unterstützung belastete nur eine Milliarde skr den Staatshaushalt.<sup>75</sup> Die 1991 aus unter anderem zwölf regionalen Kreditgenossenschaften neu formierte Föreningsbanken meisterte die Bankenkrise mittels einer staatlichen Garantie über 2,5 Milliarden skr, die sie aber nicht in Anspruch nehmen mußte. Skandinaviska Enskilda Banken (SEB) zog im Dezember 1992 staatliche Hilfe in Betracht, für die sie sich im Februar 1993 dann auch bewarb. Sie konnte jedoch im August 1993 ihre Bewerbung zurückziehen, da eine Eigenkapitalbeschaffung erfolgreich verlaufen war.<sup>76</sup>

### 3. Staatseingriffe ins finnische Bankensystem

Im Jahr 1992 eskalierten die Schwierigkeiten im gesamten finnischen Bankensystem: Allein 1992 wurden Kredite in Höhe von 77 Milliarden Fmk notleidend, von denen man 22 Milliarden Fmk abschrieb. Nach den Problemen bei der Skopbank und vor dem Hintergrund sich anbahnender Verluste konnte man bereits zu Beginn des Jahres 1992 nicht mehr davon ausgehen, daß die privatwirtschaftlichen Sicherungseinrichtungen ausreichende Reserven besaßen, um die Einleger vor Verlusten zu schützen.<sup>77</sup> Eine vom Premierminister im Januar 1992 eingesetzte Arbeitsgruppe empfahl zwei Monate später in ihrem Abschlußbericht eine generelle Kapitalspritze an Banken und die Gründung eines staatlichen Sicherungsfonds.<sup>78</sup>

Noch im März 1992 vergab die Regierung knapp 8 Milliarden Fmk an Banken, um einer zu starken (verlustbedingten) Kontraktion des Kreditvolumens entgegenzutreten. Diese Hilfe wurde unter den Banken im Verhältnis ihrer risikogewichteten Aktiva verteilt und war nicht an die Eva-

<sup>75</sup> Ministry (1994), S. 20 f. u. 26. Bank Support Authority (1994), S. 13 f. Josten (1997). Vgl. Fn. 51.

<sup>76</sup> Ministry (1994), S. 24–26. Bank Support Authority (1994), S. 13. Vgl. Fn. 51 u. 54 sowie zu weiteren Fusionen in Nordeuropa Josten (1997), Scharrer/Stahn (1998), O.V. (1999) u. O.V. (2000).

<sup>77</sup> Siehe zur Entwicklung der Kreditportfolios 1992 Pensala/Solttila (1993), die zudem in einem Überblick die rechtlichen Kennzeichen abzuschreibender und notleidender Kredite in Nordeuropa vergleichen. Vgl. zum finnischen System der Einlagensicherung Nyberg/Vihriälä (1994), S. 25 f.

<sup>78</sup> Später attackierte Premierminister Esko Aho die Banken wegen ihres Leichtsinns heftig, da verantwortungslose Kreditvergabe, Spielbank-Verhalten, Kampf um Marktanteile ohne Rücksicht auf die Kosten, Geldanlage ohne Nachdenken und generelle Ressourcenverschwendung nun mit Steuergeldern zu korrigieren waren. Hansen (1992).

uation ihrer Schuldendeckungsfähigkeit geknüpft. Ein Staatseigentum war ausgeschlossen, solange die Banken die mit der Unterstützung verbundenen Auflagen erfüllten. Der staatliche Sicherungsfonds wurde am 30. April 1992 gegründet und anfänglich mit 20 Milliarden Fmk ausgestattet. Mit der Übernahme der Skopbankanteile von Scopulus Oy am 15. Juni 1992 erlöste er die finnische Zentralbank aus ihrer unglücklichen und ungewöhnlichen Rolle als Retterin und Eigentümerin einer überschuldeten Bank.<sup>79</sup> Parallel dazu entschied der staatliche Sicherungsfonds, allen in Not geratenen Sparkassen nur dann weiterhin zu helfen, wenn sie fusionierten. Gezwungenermaßen schlossen sich daraufhin 41 Sparkassen zur Finnischen Sparkasse zusammen. Die Finnische Sparkasse erhielt weitere Unterstützungen und vollzog das oktroyierte Restrukturierungsprogramm, infolgedessen sie unter anderem im Dezember 1992 einen Rechtsformwechsel hin zur Kapitalgesellschaft vollzog.<sup>80</sup>

Wie eingangs erwähnt, verschlechterte sich die Lage in Finnland 1992 rapide. Am 6. August 1992 ließ die finnische Regierung daher verlauten, daß sie die Stabilität des Bankensystems unter allen Umständen sicherstellt. Da bis zum Jahresende 1992 bereits etwa 75 Prozent der Grundausstattung des staatlichen Sicherungsfonds verbraucht waren, wurde dieser durch einen Nachtragshaushalt am 2. Februar 1993 um 20 Milliarden Fmk aufgestockt. Gleichzeitig wurden die Zuständigkeiten für den Fonds neu geordnet, und es erschien der Regierung opportun, sich der nachhaltigen Unterstützung des Parlaments zu versichern. Das finnische Parlament verabschiedete daraufhin am 23. Februar 1993 folgende Resolution: *„Parliament requires the state to guarantee that Finnish banks are able to meet their commitments on time under all circumstances. Whenever necessary, Parliament shall grant sufficient appropriations and powers to be used by the Government for meeting such commitments.“*<sup>81</sup>

Im Verlauf des Jahres 1993 sahen sich die gerade erst etablierte Finnische Sparkasse und die dafür Verantwortlichen auf staatlicher Seite vehementer öffentlicher Kritik ausgesetzt. Die Kritiker bemängelten, daß eine Bank, die derart ausufernde Hilfen des Staates erhielt, weiterhin als Konkurrentin am Wirtschaftsprozess teilnehmen durfte. Am 22. Oktober

<sup>79</sup> Nyberg/Vihriälä (1994), S. 21, 28–30 u. 35. Vihriälä (1997), S. 38. Vgl. zur Neuordnung der finnischen Bankenaufsicht im Gefolge der Krise Aranko (1994) und Helakallio (1996).

<sup>80</sup> Nyberg/Vihriälä (1994), S. 35–37. Kjellman (o.J.) liefert aus Sicht von 126 Chief Executive Officers (CEOs) der Sparkassen eine kontrastreiche und behördlichen Analysen gegenüber kritische Untersuchung der Vorgänge im finnischen Sparkassensektor.

<sup>81</sup> Zitiert nach Nyberg/Vihriälä (1994), S. 33. Vgl. auch *ebenda*, S. 30–34.



1993 beugte sich die Regierung ihren Kritikern und beschloß, die gesunden Teile der Finnischen Sparkasse in vier gleichgroßen Stücken an nationale Wettbewerber (Kansallis-Osake-Pankki, Unitas, Okobank und Postipankki) zu verkaufen. Die notleidenden Aktiva wurden an eine im Staatseigentum verbleibende Gesellschaft, Arsenal, übertragen.<sup>82</sup> Natürlich unterstützte der Staat nicht nur Sparkassen, sondern auch die anderen Institute. Zwischen 1991 und 1995 vergab er insgesamt etwa 82,7 Milliarden Fmk finanzielle Hilfen an Banken, von denen schätzungsweise rund 50 Milliarden Fmk den Staatshaushalt belasteten. Die Unterstützungen in Höhe von 82,7 Milliarden Fmk verteilten sich auf die einzelnen Bankengruppen wie folgt: Sparkassen (inklusive Skopbank und Arsenal) 70,3 Milliarden Fmk, Kansallis-Osake-Pankki 3,5 Milliarden Fmk, Unitas 2,7 Milliarden Fmk, Kreditgenossenschaften (inklusive Okobank) 2,4 Milliarden Fmk und sonstige Banken 3,8 Milliarden Fmk.<sup>83</sup>

Die Probleme im Bankensystem schoben zahlreiche Fusionen an: Mitte 1995 wurden die gesunden Teile der finnischen Skopbank an die schwedische Svenska Handelsbanken verkauft. Aktia Oy fungierte anschließend als Spitzeninstitut der verbliebenen 40 finnischen Sparkassen. Die beiden finnischen Kreditbanken Kansallis-Osake-Pankki und Unitas fusionierten 1995 zur Merita Bank, die sich dann 1997 mit der schwedischen Nordbanken zusammenschloß. Der MeritaNordbanken trat 1999 die dänische Unibank bei. Im Oktober 2000 gab die norwegische Regierung bekannt, daß sie ihre Anteile an der Christiania Bank an die MeritaNordbanken verkaufen wird, wodurch die erste pannordische Bank entstand.<sup>84</sup>

## V. Zusammenfassende Schlußbetrachtung

Der historische Abriß zur Regulierung und der Überblick über die anschließend eingeleiteten Deregulierungen verdeutlichten, daß es sich dabei nicht um einen geordneten Rückzug des Staates aus dem Wirtschaftsgeschehen handelte. Diesem Prozeß fehlte oftmals die nötige Stringenz und Konsequenz. Über Jahre hinweg angestaute Reformen in Verbindung mit disharmonischen Deregulierungsschritten bildeten den idealen Nährboden für die exzessive Kreditvergabe der Banken. Dies

<sup>82</sup> Vgl. *Nyberg/Vihriälä* (1994), S. 38 f., die auch näher auf die Verschiebung der Marktanteile eingehen.

<sup>83</sup> *Nyberg/Vihriälä* (1994), S. 39–41. *Nyberg* (1995), S. 118.

<sup>84</sup> *Tuori* (1996), S. 61–63. *Vihriälä* (1997), S. 40. *Josten* (1997). *Klein* (1998), S. 260 f. *Koskenkylä* (1998), S. 11. *Scharrer/Stahn* (1998). *O.V.* (1999). *O.V.* (2000).

wird typischerweise mit dem Ausdruck „bad policies“ umschrieben. Darüber hinaus kamen in Finnland mit dem Zusammenbruch der Handelsbeziehungen zur Sowjetunion oder in Norwegen mit dem Ölpreissturz außergewöhnliche Umstände („bad luck“) hinzu, die die ohnehin dramatische Lage weiter zuspitzten.

Das „bad banking“ zeigte sich in einem Risikomanagement der Banken, das diesen Namen kaum verdiente, da es weit davon entfernt war, angemessen auf die Herausforderungen der Deregulierungen zu reagieren. Die sich ad hoc ändernde Geschäftspolitik der Banken förderte einerseits das Entstehen von Währungs-, Zinsänderungs- und Ausfallrisiken, stieß dort aber andererseits auf ein völlig unvorbereitetes Risikomanagement. Vor allem die Kreditausfälle waren es, die den bankbetrieblichen Erfolg nachhaltig schmälerten, das Eigenkapital der Banken rasch verschlangen und zu Bankenkrisen führten. Angesichts des befürchteten Systemkollapses griffen alle drei Regierungen massiv in das Wirtschaftsgeschehen ein und stützten mit erheblichen Steuergeldern zahlreiche Banken oder retteten sie sogar vor dem Ausfall.<sup>85</sup> Obschon man auf diese Weise das System stabilisieren konnte und einzelne Einleger vor Verlusten schützte, indem die Kosten durch Umlage auf die Gesellschaft sozialisiert wurden, verblieb dennoch ein schaler Beigeschmack, da sich plötzlich große Teile der (maroden) Bankensysteme im Eigentum des Staates befanden. Nur mit Mühe und erst einige Jahre später drängten nationale und internationale Fusionen den Staatseinfluß wieder zurück.

Noch heute rücken Erklärungsansätze zu Bankenkrisen und zu Dominoeffekten in Bankensystemen den schalterstürmenden Kleinanleger oft in das Zentrum ihrer Betrachtungen, obwohl dieses Bild schon länger an Suggestivkraft verloren hat, da es gerade die Einleger sind, die sich eines ausgeprägten Schutzes erfreuen. Die hohen Kreditausfälle der Banken in Norwegen, Schweden und Finnland fragilisierten die Bankensysteme dieser Länder und lassen die dringende Notwendigkeit sowohl nach einer Refokussierung theoretischer Erklärungsansätze als auch nach einem angemessenen bankbetrieblichen Risikomanagement klar erkennen. Nachdem in den 1990er Jahren das Hauptaugenmerk der Bankenaufsicht auf den Preisänderungsrisiken lag, konzentriert sich die aktuelle Basel-II-Debatte nun zu Recht auf die Novellierung der Überwachung

---

<sup>85</sup> Die Regierungen wollten durch ihr Eingreifen auch Handlungsfähigkeit und Glaubwürdigkeit demonstrieren, um die angestrebten Beitritte zum Europäischen Wirtschaftsraum (alle drei Länder zum 1. Januar 1994) sowie zur Europäischen Union (Schweden und Finnland zum 1. Januar 1995) nicht zu gefährden.

von Kreditausfallrisiken, was eine erneute Überarbeitung des Grundsatzes I notwendig machen wird. Die im Rahmen dieses Beitrags abgehandelten Bankenkrisen in Norwegen, Schweden und Finnland liefern anschauliche und grundlegende Hinweise zur anreizorientierten und zielkompatiblen Ausgestaltung der Bankenaufsicht.<sup>86</sup>

### Literatur

Abrams, Richard K. (1989): The Financial Reform in Finland. „Kansallis Economic Review“, Nr. 1, S. 6–19. – Ahlberg, Göran (1996): Experiences from the Swedish Financial Crisis from a supervisory perspective. Stockholm. – Alexius, Annika/Blomberg, Gunnar (1993): Structural Saving Deficiency – a long-standing problem. „Quarterly Review“, Sveriges Riksbank, Nr. 2, Stockholm, S. 37–43. – Alexius, Annika/Lindberg, Hans (1996): The krona's equilibrium real exchange rate. „Quarterly Review“, Sveriges Riksbank, Nr. 1, Stockholm, S. 19–34. – Andersson, Martin/Viotti, Staffan (1999): Managing and Preventing Financial Crises – Lessons from the Swedish Experience. In: Penning- och valutapolitik. Hrsg. Sveriges Riksbank, Nr. 1, Stockholm, S. 71–89. – Aranko, Jorma (1994): Reorganization of Financial Market Supervision in Finland. „Bank of Finland Bulletin“, Bank of Finland, Nr. 2, S. 8–11. – Bank Support Authority (1993): Director's Report May 1–June 30, 1993. Stockholm. – Bank Support Authority (1994): Annual Report July 1, 1993–June 30, 1994. Stockholm. – Benink, Harald A./Llewellyn, David T. (1994): Fragile Banking in Norway, Sweden and Finland: An Empirical Analysis. „Journal of International Financial Markets, Institutions & Money“, Vol. 4, Nr. 3/4, S. 5–19. – Berg, Atle Sigbjørn u. a. (1993): Banking efficiency in the Nordic countries. „Journal of Banking and Finance“, Jg. 17, S. 371–388. – Berg, Atle Sigbjørn/Førsund, Finn R./Jansen, Eilev S. (1992): Malmquist Indices of Productivity Growth during the Deregulation of Norwegian Banking, 1980–89. „Scandinavian Journal of Economics“, Jg. 94, S. 211–228. – Biljer, Marianne (1991): Finance Companies – Structural Changes. „Quarterly Review“, Sveriges Riksbank, Nr. 3, Stockholm, S. 5–13. – Biljer, Marianne (1992): The Swedish Credit Market in 1991. „Quarterly Review“, Sveriges Riksbank, Nr. 2, Stockholm, S. 13–20. – Biljer, Marianne/Jonsson, Johanna (1993): The Swedish Credit Market in 1992. „Quarterly Review“, Sveriges Riksbank, Nr. 2, Stockholm, S. 16–23. – Brunila, Anne/Takala, Kari (1993): Private Indebtedness and the Banking Crisis in Finland. „Bank of Finland Discussion Papers“, Bank of Finland, Nr. 9, Helsinki. – Bukh, Per Nikolaj/Berg, Atle Sigbjørn/Førsund, Finn R. (1995): Banking Efficiency in the Nordic Countries: A Four-Country Malmquist Index Analysis. „Arbeidsnotat“, Norges Bank, Nr. 7, Oslo. – Commission (1992): Report by the Commission on the Banking Crisis. Report of the Committee Appointed by Royal Decree of 4 October 1991. Submitted to the Royal Ministry of Finance and Customs on 31 August 1992. Norwegian Official Reports, Oslo, NOR 1992: 30E. – Dahlheim, Bo/Lind, Göran/Nedersjö, Anna-Karin (1992): Bank Results in Sweden

<sup>86</sup> Vgl. zu den theoretischen Erklärungsansätzen die Quellen aus Fn. 1. Vgl. zur Gestaltung der Bankenaufsicht auch die Überlegungen im Umfeld der schwedischen Zentralbank bei Lindhe (2000) u. Viotti (2000).



and Other Nordic Countries. „Quarterly Review“, Sveriges Riksbank, Nr. 2, Stockholm, S. 21–30. – *Dahlheim, Bo/Lind, Göran/Nedersjö, Anna-Karin* (1993): The Banking Sector in 1992. „Quarterly Review“, Sveriges Riksbank, Nr. 2, Stockholm, S. 24–36. – *Drees, Burkhard/Pazarbaşıoğlu, Ceyla* (1998): The Nordic Banking Crises. Pitfalls in Financial Liberalization? „Occasional Paper“, International Monetary Fund, Nr. 161, Washington DC. – *Eeg, Knut/Nordal, Inger Anne* (1992): Financial Institutions in 1991. „Economic Bulletin“, Norges Bank, Nr. 1, Oslo, S. 54–72. – *Englund, Peter* (1990): Deregulation in Banking. Financial Deregulation in Sweden. „European Economic Review“, Jg. 34, S. 385–393. – *Erlandsen, Tom* (1991): Trends in Norwegian financial markets in the first half of 1991. „Economic Bulletin“, Norges Bank, Nr. 2, Oslo, S. 119–122. – *Erlandsen, Tom/Jonassen, Morten* (1991): Financial Institutions in 1990. „Economic Bulletin“, Norges Bank, Nr. 1, Oslo, S. 30–47. – *Fidjestøl, Asbjørn* (1991): The Government Bank Insurance Fund. „Economic Bulletin“, Norges Bank, Nr. 1, Oslo, S. 26–29. – *Gottfries, Nils/Nilsson, Christian B./Ohlsson, Kerstin* (1992): Has Swedish Monetary Policy been Countercyclical? „Arbetsrapport“, Sveriges Riksbank, Nr. 7, Juni, Stockholm. – *Grøndahl, Tom* (1992): Die norwegische Bankenstruktur. „Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen“, Jg. 45, S. 986–990. – *Grytten, Ola Honningdal* (1998): Monetary Policy and Restructuring of the Norwegian Economy during the Years of Crises, 1920–1939. In: *Economic Crises and Restructuring in History. Experiences of Small Countries.* Hrsg. v. T. Myllyntaus. St. Katharinen, S. 93–124. – *Hansen, Christian Hans* (1992): Dividendenausfall ist der Preis für die Staatshilfe. „Handelsblatt“ vom 19.10.1992. – *Hansen, Svein Olav/Wamli, Bjørn* (1992): Foreign direct investment in Norway. „Economic Bulletin“, Norges Bank, Nr. 1, Oslo, S. 73–76. – *Helakallio, Esa* (1996): Supervision of the financial markets. „Bank of Finland Bulletin“, Bank of Finland, Special Issue: Financial Markets in Finland, S. 55–59. – *Hellwig, Martin* (2000): Banken zwischen Politik und Markt: Worin besteht die volkswirtschaftliche Verantwortung der Banken? „Perspektiven der Wirtschaftspolitik“, Bd. 1, S. 337–356. – *Herrala, Risto* (1999): Banking Crises vs. Depositor Crises: The Era of the Finnish Marka, 1865–1998. „Scandinavian Economic History Review“, Vol. XLVII, Nr. 2, S. 5–22. – *Hyttinen, Ari* (1999): Stock Return Volatility on Scandinavian Stock Markets and the Banking Industry. Evidence from the Years of Financial Liberalisation and Banking Crisis. „Bank of Finland Discussion Papers“, Bank of Finland, Nr. 19, Helsinki. – *IMF, International Monetary Fund* (1996): Norway – Background Paper. IMF Staff Country Report No. 96/15, March, Washington. – *Ingves, Stefan/Lind, Göran* (1996): The management of the bank crisis – in retrospect. „Quarterly Review“, Sveriges Riksbank, Nr. 1, Stockholm, S. 5–18. – *Johansen, Harald* (1993): Financial Institutions in 1992. „Economic Bulletin“, Norges Bank, Nr. 1, Oslo, S. 37–57. – *Johnsen, Thore u.a.* (1992): Bankkrisen i Norge. The Foundation for Research in Economics and Business Administration, Report Nr. 29, April 1992, Bergen. – *Jonassen, Morten/Gleinsvik, Audun* (1992): The crisis in the Norwegian financial industry – action taken in 1991. „Economic Bulletin“, Norges Bank, Nr. 1, Oslo, S. 44–53. – *Jonsson, Johanna* (1994): The Swedish Credit Market in 1993. „Quarterly Review“, Sveriges Riksbank, Nr. 2, Stockholm, S. 17–23. – *Jonung, Lars* (1986): Financial Deregulation in Sweden. „Quarterly Review“, Skandinaviska Enskilda Banken, Nr. 4, S. 109–119. – *Jonung, Lars/Söderström, Hans Tson/Stymne, Joakim* (1996): Depression in the North – Boom and Bust in Sweden and Finland, 1985–93. „Finnish Economic Papers“, Nr. 1, Spring, S. 55–71. – *Josten, Annette* (1997): Neue Struk-

turen nach der Bankenkrise. „Sparkassenzeitung“, 60, Nr. 56 vom 25.7.1997, S. 8.

– *Kaen, Fred R./Michalsen, Dag* (1997): The effects of the Norwegian banking crisis on Norwegian equities. „Journal of Multinational Financial Management“, Nr. 7, S. 83–111.

– *Kiander, Jaakko/Vartia, Pentti* (1998): The Depression of the 1990s in Finland: A Nordic Financial Crises or a Result of the Collapse of the Soviet Union. In: *Economic Crises and Restructuring in History. Experiences of Small Countries*. Hrsg. v. T. Myllyntaus. St. Katharinen, S. 379–396.

– *Kinnunen, Helvi/Vihriälä, Vesa* (1999): Bank Relationships and Small-Business Closures during the Finnish Recession of the 1990s. „Bank of Finland Discussion Papers“, Bank of Finland, Nr. 13, Helsinki.

– *Kjellman, Anders* (o.J.): What can we learn from the finnish banking crisis? The case of the failures in the savings bank sector. In: *Meddelanden fran Ekonomisk-Statsvetenskapliga Fakulteten vid Abo Akademi*, Ser. A; Nr. 458, Nationalekonomiska Institutionen.

– *Klein, Dietmar K. R.* (1998): Die Bankensysteme der EU-Länder. 3., überarb. u. erw. Aufl., Frankfurt/M.

– *Koivisto, Heikki* (1994): Hintergründe der Bankenkrise. „UNITAS“, 66, Nr. 1, S. 11–17.

– *Körnert, Jan* (1998): Dominoeffekte im Bankensystem – Theorien und Evidenz. Berlin.

– *Körnert, Jan* (2001): Die Maximalbelastungstheorie Stützens als Beitrag zur einzelwirtschaftlichen Analyse von Dominoeffekten im Bankensystem. In: *Wolfgang Stützel – Moderne Konzepte für Finanzmärkte, Beschäftigung und Wirtschaftsverfassung*. Hrsg. v. H. Schmidt, E. Ketzel u. S. Prigge. Tübingen, S. 81–103.

– *Körnert, Jan* (2003): The Barings Crises of 1890 and 1995: Causes, Courses, Consequences and the Danger of Domino Effects. „Journal of International Financial Markets, Institutions & Money“, Vol. 13, No. 2, forthcoming.

– *Koskenkylä, Heikki* (1994): The Nordic Banking Crisis. „Bank of Finland Bulletin“, Bank of Finland, Nr. 8, S. 15–22.

– *Koskenkylä, Heikki* (1998): The present state of the Finnish banking sector and the outlook for the next few years. „Bank of Finland Bulletin“, Bank of Finland, Nr. 6/7, S. 8–12.

– *Koskenkylä, Heikki/Vesala, Jukka* (1994): Finnish Deposit Banks 1980–1993: Years of Rapid Growth and Crisis. „Bank of Finland Discussion Papers“, Bank of Finland, Nr. 16, Helsinki.

– *Larsson, Mats* (1993): Scandinavia. In: *Europäische Bankengeschichte*. Hrsg. v. H. Pohl. Frankfurt/M., S. 333–342, 444–451, 592–599, 624, 631 u. 633.

– *Lehmussaari, Olli-Pekka* (1990): Deregulation and Consumption. Saving Dynamics in the Nordic Countries. „Staff Papers“, International Monetary Fund, Nr. 1, March, S. 71–93.

– *Lind, Göran/Nedersjö, Anna-Karin* (1994): The Banking Sector in 1993. „Quarterly Review“, Sveriges Riksbank, Nr. 2, Stockholm, S. 24–35.

– *Lindhe, Lena* (2000): Macroeconomic indicators of credit risk in business lending. „Sveriges Riksbank Economic Review“, Nr. 1, Stockholm, S. 68–82.

– *Ministry* (1994): The Ministry of Finance [Schweden]. Report on measures taken in order to strengthen the financial system. July, Stockholm.

– *Moland, Torstein* (1995): The Norwegian economy's oil dependence. „Economic Bulletin“, Norges Bank, Nr. 2, Oslo, S. 195–206.

– *Myllyntaus, Timo/Tarnaala, Eerik* (1998): When Foreign Trade Collapsed ... Economic Crises in Finland and Sweden, 1914–1924. In: *Economic Crises and Restructuring in History. Experiences of Small Countries*. Hrsg. v. T. Myllyntaus. St. Katharinen, S. 23–63.

– *Neuberger, Doris* (1998): Mikroökonomik der Bank. Eine industrieökonomische Perspektive. München.

– *Norges Bank* (1993): Norges Bank's submission of 21 January 1993 to the Ministry of Finance on the Report of the Banking Crisis Commission. „Economic Bulletin“, Norges Bank, Nr. 1, Oslo, S. 74–78.

– *Nurmio, Jukka/Heiskanen, Reijo* (1992): Finnisches Bankwesen. „Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen“, Jg. 45, S. 982–986.



Nyberg, Peter (1995): The Banking Crisis in Finland. „*Ekonomiska Samfundets Tidskrift*“, Ser. 3, 48, Nr. 3, S. 115–120. – Nyberg, Peter/Vihriälä, Vesa (1994): The Finnish Banking Crisis and Its Handling. An update of developments through 1993. „Bank of Finland Discussion Papers“, Bank of Finland, Nr. 7, Helsinki. – O.V. (1999): Der Kampf um Fusionen und Allianzen in Skandinavien wird immer härter. „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ v. 26.10.1999. Wiederabgedruckt in: Auszüge aus Presseartikeln. Hrsg. Deutsche Bundesbank. Nr. 69 v. 29.10.1999, S. 18. – O.V. (2000): NBH completes pan-Nordic vision with purchase of CBK. „The Banker“, London, November, S. 24. – Ongena, Steven/Smith, David C./Michalsen, Dag (2000): Distressed Relationships: Lessons from the Norwegian Banking Crisis. „CFS Working Paper“, No. 2000/01, Frankfurt/M. – Pensala, Johanna/Soltila, Heikki (1993): Bank's Nonperforming Assets and Write-Offs in 1992. „Bank of Finland Discussion Papers“, Bank of Finland, Nr. 10, Helsinki. – Rudolph, Bernd (2000): Einführung zum Schwerpunktthema Finanzmärkte und Finanzmarktregulierung. „Perspektiven der Wirtschaftspolitik“, Bd. 1, S. 257 f. – Scharrer, Eva-Maria/Stahn, Christina (1998): Skandinavische Banken im Fusionsfieber. „Die Bank“, H. 11, S. 654–657. – Skånland, Hermod (1991): Policies in Relation to the Norwegian Banking Sector. „Economic Bulletin“, Norges Bank, Nr. 3, Oslo, S. 169–173. – Skånland, Hermod (1992): Norway's banking sector and economy: current situation and outlook. „Economic Bulletin“, Norges Bank, Nr. 2, Oslo, S. 135–141. – Solheim, Jon A. (1990): The Norwegian Experience with Financial Liberalisation and Banking Problems. „Economic Bulletin“, Norges Bank, Nr. 3, Oslo, S. 185–197. – Soltila, Heikki/Vihriälä, Vesa (1994): Finnish Bank's Problem Assets: Result of Unfortunate Asset Structure or Too Rapid Growth? „Bank of Finland Discussion Papers“, Bank of Finland, Nr. 23, Helsinki. – Steigum, Erling (1992): Financial Deregulation, Credit Boom and Banking Crisis: The Case of Norway. Norwegian School of Economics and Business Administration. Discussion Paper 15/92, Bergen. – Stiglitz, Joseph E./Weiss, Andrew (1981): Credit Rationing in Markets with Imperfect Information. „American Economic Review“, Vol. 71, S. 393–410. – Strand, Henning (1993): Fostering the financial and capital markets in Norway. „Economic Bulletin“, Norges Bank, Nr. 1, Oslo, S. 64–71. – Takala, Kari/Virén, Matti (1995): Bankruptcies, Indebtedness and the Credit Crunch. „Bank of Finland Discussion Papers“, Bank of Finland, Nr. 28, Helsinki. – Törnquist, Lars (1992): Das schwedische Bankwesen. „Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen“, Jg. 45, S. 990–993. – Tuori, Klaus (1996): Credit Institutions. „Bank of Finland Bulletin“, Bank of Finland, Special Issue: Financial Markets in Finland, S. 61–68. – Vihriälä, Vesa (1996): Credit Growth and Moral Hazard. An Empirical Study of the Causes of Credit Expansion by the Finnish Local Banks in 1986–1990. „Bank of Finland Discussion Papers“, Bank of Finland, Nr. 10, Helsinki. – Vihriälä, Vesa (1996a): Credit Crunch or Collateral Squeeze? An Empirical Analysis of Credit Supply of the Finnish Local Banks in 1990–1992. „Bank of Finland Discussion Papers“, Bank of Finland, Nr. 11, Helsinki. – Vihriälä, Vesa (1997): Banks and the Finnish Credit Cycle 1986–1995. „Bank of Finland Studies“, Bank of Finland, Nr. E:7, Helsinki. – Viotti, Staffan (2000): Dealing with banking crises – the proposed new regulatory framework. „Sveriges Riksbank Economic Review“, Nr. 3, Stockholm, S. 46–63. – Wilse, Hans Petter (1995): Management of the banking crisis and state ownership of commercial banks. „Economic Bulletin“, Norges Bank, Nr. 2, Oslo, S. 217–229.



## Zusammenfassung

### **Die Bankenkrisen in Nordeuropa zu Beginn der 1990er Jahre: Eine Sequenz aus Deregulierung, Krise und Staatseingriff in Norwegen, Schweden und Finnland**

Die Volkswirtschaften Nordeuropas waren in den 1980er Jahren durch weitreichende Deregulierungen gekennzeichnet. Diese Entwicklungen wurden von einer exzessiven Kreditvergabe der Banken begleitet und ließen unter anderem Zinsänderungs- und Kreditausfallrisiken anschwellen. Da das bankbetriebliche Risikomanagement seiner Kontrollfunktion nicht ausreichend nachkam, verschlechterte sich die Erfolgslage vieler Banken dramatisch und führte zu Beginn der 1990er Jahre zu Bankenkrisen in Norwegen, Schweden und Finnland. Der Beitrag beleuchtet die als „bad banking, bad policies and bad luck“ zu bezeichnenden Ursacheebenen und geht auf die Sequenz aus Deregulierung, Krise und Staatseingriff ein. (JEL G 21, G 28, G 33)

## Summary

### **Banking Crises in Northern Europe in the Early 1990s: A Sequence of Deregulation, Crisis and Governmental Intervention in Norway, Sweden and Finland**

The North European economies experienced a large measure of deregulation in the 1980s. Developments were characterised by excessive bank lending activities with rising interest rate and credit-default risks, inter alia. Since risk managers of banking operations did not adequately meet their control functions, the earnings positions of many banks deteriorated dramatically resulting in a crisis of banking in Norway, Sweden and Finland in the early 1990s. This article throws some light on the causes known as “bad banking, bad policies and bad luck” and addresses the sequence of deregulation crisis and governmental intervention.

## Résumé

### **Les crises bancaires nordiques du début des années 90. Une séquence de dérégulation, crise et intervention gouvernementale en Norvège, Suède et Finlande**

Les économies de l'Europe du nord étaient caractérisées dans les années 80 par les dérégulations. Ces évolutions étaient accompagnées d'octroi de crédits bancaires excessifs et ont fait gonfler, entre autres, les risques de variations de taux d'intérêt et de perte de crédits. La gestion bancaire des risques ne remplissant pas suffisamment sa fonction de contrôle, les résultats de nombreuses banques se sont dégradés de façon dramatique et ont entraîné au début des années 90 des crises bancaires en Norvège, Suède et Finlande. Cet article analyse les causes de ce que l'on appelle le «bad banking, bad policies et bad luck» et explique la séquence de dérégulation, crise et intervention gouvernementale.